



Stadt
Gladbeck

familienstadt . sportstadt . **meine** stadt

Konzept:

Zusammenleben in Gladbeck

Ergebnisse des Prozesses

Impressum

Herausgeber

Stadt Gladbeck

Der Bürgermeister

Amt für Integration und Sport

erstellt durch:

Patricia Jessen, Stephanie Schoenen

Ibis Institut

Bismarckstraße 120

47057 Duisburg



Februar - Juli 2018

Kontakt:

Stadt Gladbeck

Büro für interkulturelle Arbeit

Willy-Brandt-Platz 2

45964 Gladbeck

Telefon: 02043 / 685 814

E-Mail: buerofuerinterkulturellearbeit@stadt-gladbeck.de

www.gladbeck.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Bürgermeisters	5
1. Einführung - der Prozess im Überblick	6
2. IST-SOLL-Analyse	7
2.1 Methodik der IST-SOLL-Analyse	7
2.2. Daten und Fakten: Menschen mit Migrationshintergrund	9
2.2.1 Ausländeranteile	9
2.2.2 Ausländergruppen nach Herkunftsregionen	10
2.2.3 Ausländische Bevölkerung nach Alter	12
2.2.4 Einbürgerung und bi-nationale Ehen	12
2.2.5 Geflüchtete	12
2.3. Das Zusammenleben der Kulturen in Gladbeck	14
2.4 Akteur*innen und Angebotsstrukturen	19
2.4.1 Rahmenbedingungen und Vernetzung	19
2.4.2 Zielgruppen und Angebotsstrukturen in Gladbeck	20
2.5 Handlungsfeld: Zusammenleben und Austausch	24
2.5.1 Hintergrund	24
2.5.2 Bestehende Angebote	24
2.5.3 Herausforderungen	24
2.6. Handlungsfeld: Sprache und Bildung	30
2.6.1 Hintergrund	30
2.6.2 Bestehende Angebote	30
2.6.3 Herausforderungen	30
2.7. Handlungsfeld: Fortbildung und Information	34
2.7.1 Hintergrund	34
2.7.2 Bestehende Angebote	34
2.7.3 Herausforderungen	34
2.8. Handlungsfeld: Arbeitsmarkt und Beschäftigung	38
2.8.1 Hintergrund	38
2.8.2 Bestehende Angebote	38
2.8.3 Herausforderungen	38
2.9. Handlungsfeld: Wohnen und Quartier	40
2.9.1 Hintergrund	40
2.9.2 Bestehende Angebote	40

2.9.3 Herausforderungen

40

3. „Wir in Gladbeck“ - Unser Verständnis von Zusammenleben

41

4. Ergebnisse der Expert*innenworkshops

42

4.1 Priorisierung der Herausforderungen

42

4.2 Ergebnisse Handlungsfeld: Zusammenleben und Austausch

44

4.3 Ergebnisse Handlungsfeld: Sprache und Bildung

47

4.4 Ergebnisse Handlungsfeld: Arbeitsmarkt und Beschäftigung

49

4.5 Ergebnisse Handlungsfeld: Fortbildung und Information

51

4.6 Ergebnisse Handlungsfeld: Wohnen und Quartier

53

5. Fazit

54

6. Anhang

55

Vorwort des Bürgermeisters

Liebe Gladbeckerinnen und Gladbecker,

der Bergbau hat unsere Stadt geprägt und Menschen aus vielen verschiedenen Ländern nach Gladbeck gebracht. Heute sind wir eine Stadt, in der Menschen aus über 110 Nationen miteinander leben.

Diese Vielfalt ist eine große Chance, gleichzeitig aber auch eine Herausforderung. Denn: Ein gutes Zusammenleben kann nur gelingen, wenn viele engagierte Bürgerinnen und Bürger unsere Stadtgesellschaft positiv gestalten, wenn wir Vielfalt und Unterschiedlichkeit als Stärke begreifen.



Für ein gelingendes Miteinander ist es wichtig, gemeinsame Werte als Basis zu definieren, ein Gerüst zu entwickeln, das unsere Stadtgesellschaft gestaltet. Das „Konzept zum Zusammenleben in Gladbeck“ richtet sich an alle hier lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Kultur, ihrer Religion oder Weltanschauung. Gemeinsam mit dem „Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare“ (Ibis) haben wir das vorliegende Konzept entwickelt.

Es ist von Offenheit geprägt und lädt zur aktiven Mitwirkung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und engagierter Bürgerinnen und Bürger ein, ganz nach dem Grundsatz „Miteinander reden - nicht übereinander!“.

Ich danke allen Beteiligten für ihre Mitarbeit und ihre vielfältigen Beiträge zum guten Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt!

Herzlichst

Ihr



- Ulrich Roland -

1. Einführung - der Prozess im Überblick

Die Stadt Gladbeck hat 2018 ein gesamtstädtisches Konzept zum Zusammenleben verschiedener Kulturen und Menschen in Gladbeck entwickelt. Dabei soll das Konzept ein lebendiges und gelebtes Konzept sein, d.h. zum einen konkrete Handlungsmöglichkeiten und Maßnahmeideen aufzeigen, zum anderen in den folgenden Jahren im integrativen Handeln aller Bürger*innen und Institutionen fortgeschrieben und erweitert werden.

Basis für den Gesamtprozess war u.a. das bereits für den Stadtteil Brauck erstellte Integrationskonzept und die im Rahmen der Förderung „Soziale Stadt“ entwickelten Ansätze. Die verschiedenen Dimensionen im Integrationsprozess (sprich die strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische Integration) wurden im Prozess ebenso berücksichtigt wie auch die Aufschlüsselung nach Geschlecht, Alter, Aufenthaltsstatus und ähnlichen Variablen. Damit wurde ein möglichst differenziertes Bild vom Zustand und für die künftige strategische und operative Ausrichtung des Prozesses in Gladbeck geschaffen.

In einem ersten Schritt wurde im Rahmen einer zielgruppenspezifischen Bestandsaufnahme im Januar und Februar der IST-Zustand erhoben, der nicht nur vorhandene Angebote und Strukturen aufzeigt, sondern auch Herausforderungen und Felder, in denen mehr zielgruppengerechte Angebote vorhanden sein müssten, umfasst (SOLL-Zustand). Das vorliegende Papier dient dazu, sowohl das Verfahren (Punkt 2.1, Methodik der IST-SOLL-Analyse) wie auch die Ergebnisse der Bestandsaufnahme vorzustellen.

Um diese Ergebnisse, insbesondere die Herausforderungen einer breiteren Schicht der Bevölkerung und der Akteure vorzustellen, wurde am 28.02.2018 eine Auftaktveranstaltung durchgeführt, bei der auch die Herausforderungen noch einmal besonders in den Fokus genommen wurden. Fast 150 Gladbecker*innen nahmen an der Veranstaltung teil.

Darauf aufbauend wurden unter Einbeziehung der relevanten Akteur*innen und Stakeholder*innen im Integrationsbereich Empfehlungen erarbeitet, die sowohl auf die strategische Steuerung wie auch die praktische Arbeit zielen. Hierfür wurden acht Expert*innenworkshops im Frühjahr/Sommer 2018 durchgeführt.

Die in den Workshops erarbeiteten Empfehlungen wurden weitestgehend in einem konkreten Maßnahmenkatalog gebündelt. Deutlich wurde jedoch auch, dass es zahlreiche Bereiche gibt, in denen nicht allein auf städtischer Ebene agiert werden kann. Hier gilt es, als Stadtgesellschaft insbesondere vermittels Politiker*innen auf die Landes- und Bundesebene zu wirken.

Parallel wurde ein Monitoringsystem erarbeitet, das quantitative und qualitative Indikatoren umfasst und der weiteren strategischen Steuerung dient.

Die erweiterte Steuerungsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Politik, der freien Trägern und der Verwaltung, erarbeitete zudem eine Definition „Wir in Gladbeck“, die als Grundlage für das weitere Handeln in Gladbeck gelten soll. Insbesondere der an das vorliegende Konzept anschließende Prozess der Erarbeitung eines gesamtstädtischen Wertekonsenses mit breiter Bürgerbeteiligung wird hierauf aufbauen.

Den (vorläufigen) Abschluss findet der in diesem Papier vorgestellte Prozess mit seinen Ergebnissen im Winter 2018 mit einer Abschlusskonferenz, zu der alle Teilnehmer*innen der Auftaktveranstaltung erneut geladen und zentrale Ergebnisse vorgestellt werden.

2. IST-SOLL-Analyse

2.1 Methodik der IST-SOLL-Analyse

Die IST-SOLL Analyse basiert zum einen auf vorhandenen Dokumenten, statistischem Material der Stadt Gladbeck und IT.NRW¹ sowie gesichteten Webseiten von Akteuren im Stadtgebiet Gladbeck und darüber hinaus.

An dieser Stelle muss auf die Problematik der unterschiedlichen Quellen bezüglich des statistischen Materials hingewiesen werden. So liegen an einigen Stellen nur Zahlen zum Ausländeranteil, nicht zum Migrationshintergrund vor. Dies erschwert belastbare Aussagen zu erstellen ebenso wie Vergleichbarkeiten, da das Merkmal „Migrationshintergrund²“ selbstverständlich weitaus mehr Teile der Bevölkerung erfasst als das Merkmal „Ausländer“. Zudem arbeitet IT.NRW mit einer von den Meldedaten verschiedenen Datenbasis des Mikrozensus, was zu weiteren Abweichungen auch im Vergleich zu den Daten des Kreises Recklinghausen führt. Nichtsdestotrotz stellen die ermittelten Zahlen eine Grundlage dar, die bei der Entwicklung von Maßnahmen hilfreich sein kann.

Des Weiteren wurden die Ergebnisse einer quantitativen und qualitativen Umfrage mit einbezogen, die im Januar und Februar 2018 durchgeführt wurde. Die quantitative Umfrage umfasste Online-Fragebögen für die Verwaltung sowie für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie z.B. freie Träger, Jugendeinrichtungen, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Institutionen zum Erwerb der deutschen Sprache, Sportvereine und Migrantenselbstorganisationen (MSOs).

Es wurden insgesamt mehr als 140 Akteure aus dem Stadtgebiet und darüber hinaus angeschrieben. An der Umfrage nahmen insgesamt über 90 Institutionen teil.

Flankierend zu den Online-Fragebögen wurden 23 Expert*innen (haupt- und ehrenamtlich Bereich der Integrationsarbeit Tätige sowie Expert*innen in eigener Sache) interviewt. 16 waren männlich, sieben weiblich, 14 verfügten über einen Migrationshintergrund (Nahe und Mittlerer Osten, Osteuropa und Südosteuropa). 13 der Befragten sind hauptamtlich im Bereich der Integration tätig, acht ehrenamtlich. Hinzu kommen zwei Honorarkräfte. Die Interviews wurden auf der Grundlage des qualitativen Methodenkanons der empirischen Sozialforschung durchgeführt. Diese Interview- und Analysemethodik eignet sich deshalb besonders gut für die vorhandene Fragestellung, da nur wenige Interviews durchgeführt werden müssen, um einen flächendeckenden Eindruck von der Integrationsarbeit zu gewinnen. Zur Anwendung kamen bei der Durchführung der Interviews sowie der Auswertung insbesondere die Methode des theoriegenerierenden Interviews. Diese Interviewform arbeitet mit der Methode des Vergleichs, um zu Generalisierungen zu gelangen, die eine Theoriebildung über den Untersuchungsgegenstand zulassen.

Da die Fragen im Interviewkontext nur in Ausnahmefällen mit ja oder nein beantwortet werden können, wird auf diese Weise eine möglichst breite Antwort provoziert. Die Gesprächspartner sollen sich nicht zu einer bestimmten Antwort genötigt fühlen, sondern ohne eine Begrenzung der

¹ Landesbetrieb für Informationstechnik und Statistik in NRW mit den Aufgaben eines statistischen Landesamts.

² Unter Migrationshintergrund wird nicht nur der unmittelbar eigene Zuwanderungshintergrund sowie ggf. die nicht-deutsche Staatszugehörigkeit gefasst. Auch Personen, deren Eltern und ggf. - je nach Definition - Großeltern in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind und die selbst bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, gehören hierzu. Dies führt zunehmend zu einer Kritik an der Variablen, da die Verwendung auch ausgrenzend wirken kann. Bei der vorliegenden Analyse wird der um die Großeltern erweiterte Begriff des Migrationshintergrunds verwendet. vgl. https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv3=3198544 und https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Informationspapier_Mediendienst_Integration_Migrationshintergrund_im_Mikrozensus.pdf, aufgerufen am 15.02.2018

Antwortmöglichkeiten erzählen (narrative Interviews). Dadurch wird den Befragten größtmöglicher Spielraum für individuelle Antworten gegeben.

Der gemeinsam mit der Stadtverwaltung Gladbeck entwickelte Interviewleitfaden diente nur als Richtschnur und stellte ausschließlich eine Hilfestellung für den Interviewer dar. Die Reihenfolge der Fragen und die Formulierungen wurden bewusst offen gelassen und sind in der Reihenfolge variierbar. Die Interviews wurden soweit wie möglich persönlich, im Ausnahmefall telefonisch durchgeführt und aufgezeichnet. Die Auswertung erfolgte auf der Basis einer Auswertungstabelle.

Abschließend flossen die Ergebnisse aus den Treffen der verwaltungsinternen Steuerungsgruppe sowie der erweiterten Steuerungsgruppe in die vorliegende Analyse ein. Die erweiterte Steuerungsgruppe umfasst sowohl Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung wie auch Politiker*innen, Mitglieder des Integrationsrats und Expert*innen der Integrationsarbeit in Gladbeck.



Bild: Auftaktkonferenz, 28.02.2018

2.2. Daten und Fakten: Menschen mit Migrationshintergrund

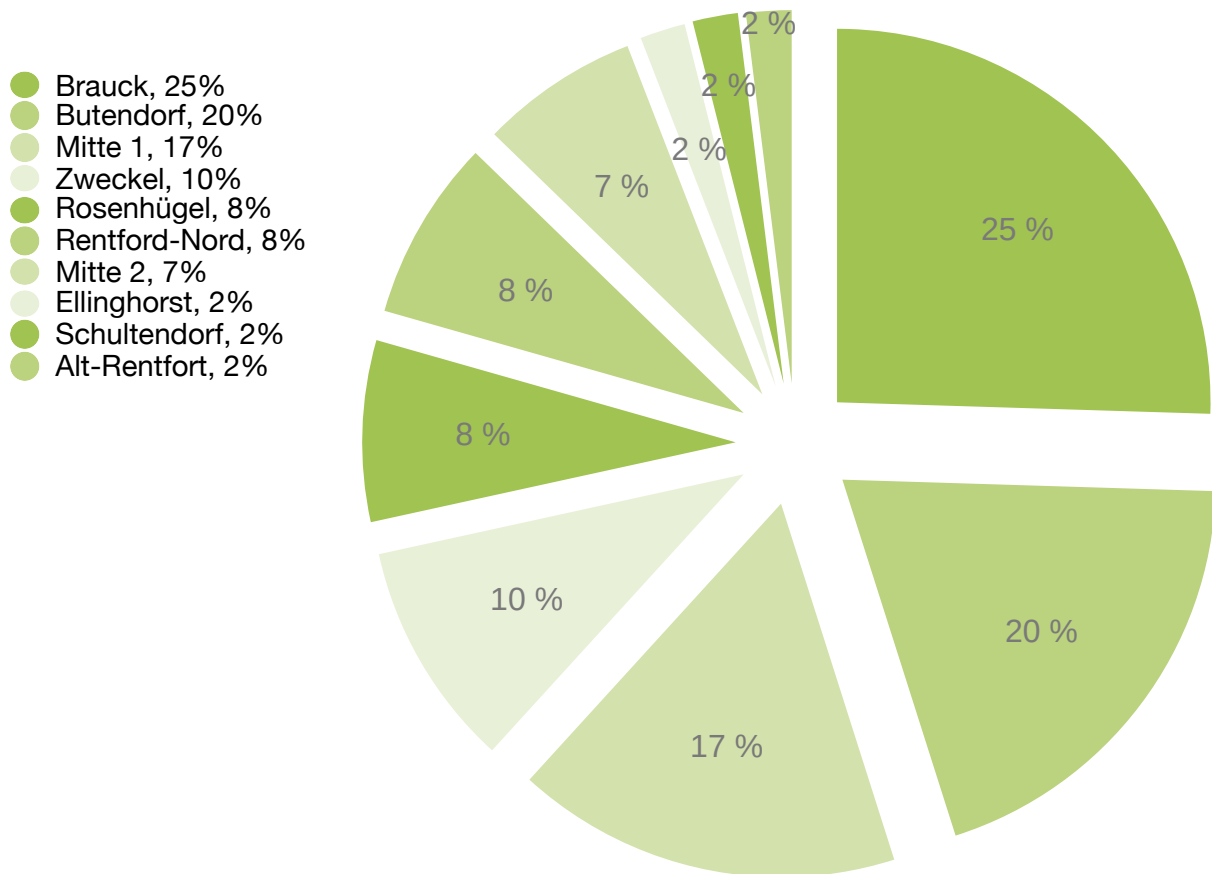
Wie unter Punkt 2.1 dargestellt, ist es nicht nur in Gladbeck, sondern generell problematisch, statistische Daten zum Thema „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu finden. Zumeist wird hierzu keine Statistik erhoben; Hochrechnungen können relativ ungenau werden. Dementsprechend kann an dieser Stelle nur auf Daten bezüglich Ausländer*innen (z.T. unterschieden nach Aufenthaltsrechtlichem Status) zurückgegriffen werden (Stichtag 31.12.2017).

2.2.1 Ausländeranteile

Zum Stichtag 31.12.2017 lebten insgesamt 77.881 Menschen in Gladbeck, hiervon hatten 12.132 Menschen einen ausländischen Pass.

Der Ausländeranteil liegt damit bei 15,6%. Der größte Anteil der Ausländer*innen lebt im Stadtteil Brauck (3.159 Personen), gefolgt von Butendorf (2.371 Personen) und Mitte 1 (2.033 Personen). Mit deutlichem Abstand folgen Zweckel (1.159), Rosenhügel (970 Personen) und Rentfort-Nord (947). Damit zeigt sich, dass der größte Teil der Ausländer*innen im Gladbecker Süden lebt.

Stadtteil	Anzahl der Ausländer*innen
Alt-Rentfort	188
Schultendorf	231
Ellinghorst	236
Mitte 2	838
Rentfort-Nord	947
Rosenhügel	970
Zweckel	1.159
Mitte 1	2.033
Butendorf	2.371
Brauck	3.159



2.2.2 Ausländergruppen nach Herkunftsregionen

Die größte Gruppe der Ausländer*innen, mehr als die Hälfte, stammen zum Stichtag 31.12.2017 aus dem Nahen Osten, insbesondere aus der Türkei (4.934 Personen). Dies ist auf den Zuzug im Rahmen der Arbeitsmigration sowie dem daran anschließenden Familiennachzug zurückzuführen. Die nächste große Gruppe aus der Region sind dann mit deutlichem Abstand Syrer*innen (1.135).

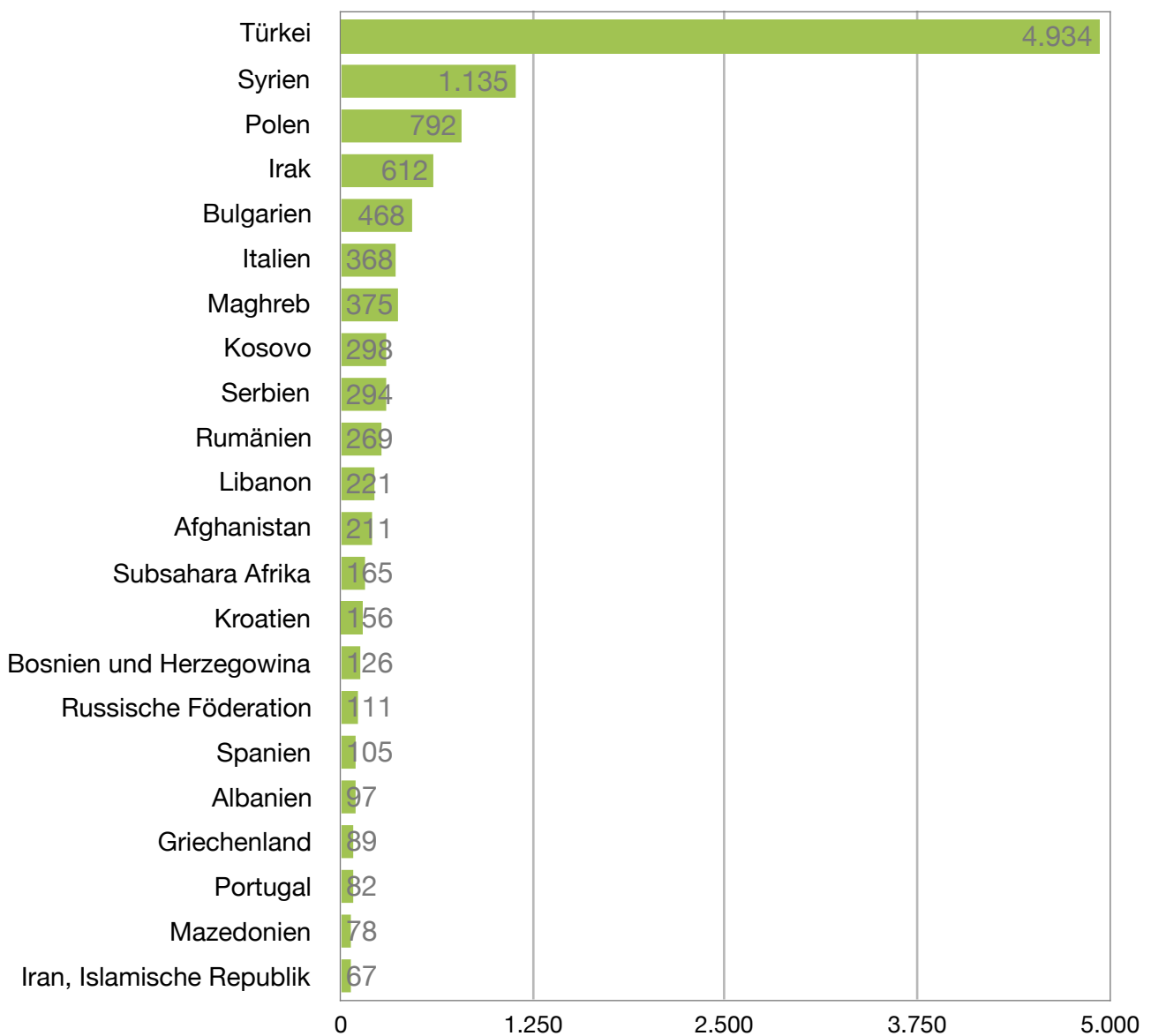
Herkunftsregion	Anzahl der Ausländer*innen	Ergänzung
Naher Osten	6.920	hiervon 71% türkischstämmig, 16% Syrer*innen
Osteuropa	1.080	hiervon 73% Pol*innen
Balkan	1.004	hiervon 29% Kosovar*innen/ Serb*innen
Südosteuropa	737	hiervon 64% Bulgar*innen und 36% Rumän*innen
Maghreb	375	hiervon 63 % Marokkaner*innen
Mittlerer Osten (Pakistan, Iran, Afghanistan)	302	hiervon 70% Afghan*innen
Subsahara Afrika	155	

Alle anderen Herkunftsregionen spielen gegenüber dem Nahen Osten eine deutlich nachgeordnete Rolle. Insgesamt 1.080 der in Gladbeck Lebenden stammen aus Osteuropa, insbesondere aus Polen (792). Dichtauf folgt die Balkanregion mit 1.004 Personen, hiervon jeweils fast 30% aus dem Kosovo und aus Serbien.

Eine größere Anzahl von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit kommt aus Südosteuropa, sowohl aus Bulgarien (468) wie Rumänien (269).

Mit einem erneut großen Abstand folgt der Maghreb (inkl. Ägypten), wobei hier die meisten Menschen aus dieser Region aus Marokko kommen. Dichtauf folgen Ausländer*innen aus dem Mittleren Osten, wobei fast 70% aus Afghanistan stammen.

Die Anzahl der in Gladbeck lebenden Personen aus Subsahara Afrika ist mit 155 Menschen äußerst gering, zumal hier die Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern stammen. Mit 45 Menschen kommt die größte Gruppe aus Nigeria.

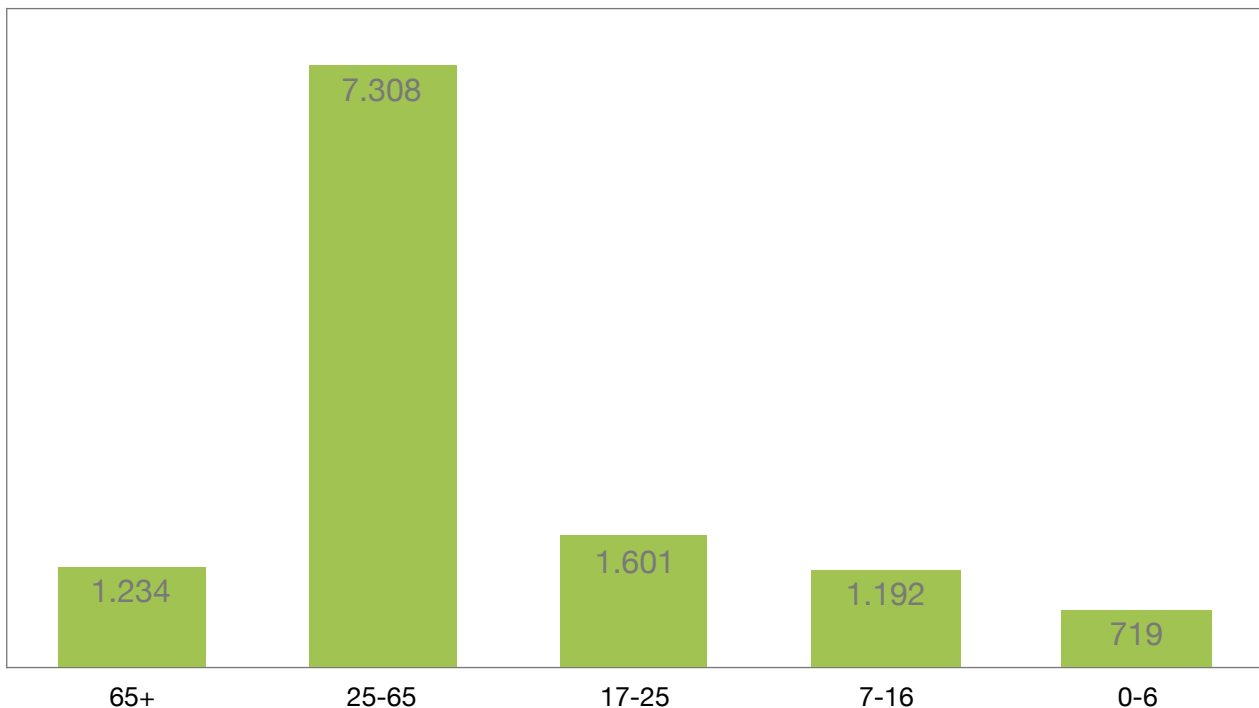


2.2.3 Ausländische Bevölkerung nach Alter

Bezüglich des Alters fällt auf, dass der größte Teil der Ausländer*innen zwischen 26 und 65 Jahren alt ist (7.308 Personen). Deutlich kleiner ist die zweitgrößte Gruppe der 17- bis 25jährigen (1.601 Personen).

Die Gruppen der Senior*innen ab 65 Jahren und der 7 bis 16jährigen liegen mit 1.234 Senior*innen und 1.192 Kindern und Jugendlichen dicht zusammen.

Am kleinsten ist die Gruppe der Kinder bis sechs Jahren, die 719 Personen umfasst.



2.2.4 Einbürgerung und bi-nationale Ehen

2017 wurden 109 Ausländer*innen in Gladbeck eingebürgert. Es wurden 317 Ehen von Menschen mit ausländischem Pass geschlossen.

Hierunter waren 27 sogenannte bi-nationale Ehen.

2.2.5 Geflüchtete

Gladbeck erlebt seit 2012 ein kontinuierliches Anwachsen der der Kommune zugewiesenen Flüchtlinge. Wie im „Handlungskonzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“ dargestellt, gab es wie in Gesamtdeutschland 2015 einen deutlichen Sprung: während bis zum September 2015 256 Personen nach Gladbeck kamen, folgten bis Jahresende weitere 585 Personen.

Mittlerweile leben in Gladbeck 1.550 Geflüchtete, von denen 45 eine Asylberechtigung haben, 1112 anerkannte Flüchtlinge sind und 393 über einen sogenannten subsidiären Schutz verfügen.

Der größte Teil dieser 1.550 Personen sind aus Syrien (846) gefolgt von Iraker*innen (440). Die nächste Gruppe sind 56 Flüchtlinge aus Afghanistan. Bei allen anderen Nationalitäten sind es weniger als 30 Geflüchtete.

Zusätzlich zu diesen 1.550 Geflüchteten halten sich 110 Personen mit Abschiebehindernissen und 264, die eine Duldung haben, in Gladbeck auf. 256 Flüchtlinge sind im laufenden Asylverfahren. Damit umfasst die Gruppe der Flüchtlinge insgesamt 2.180 Personen (zum Stichtag 31.12.2017).



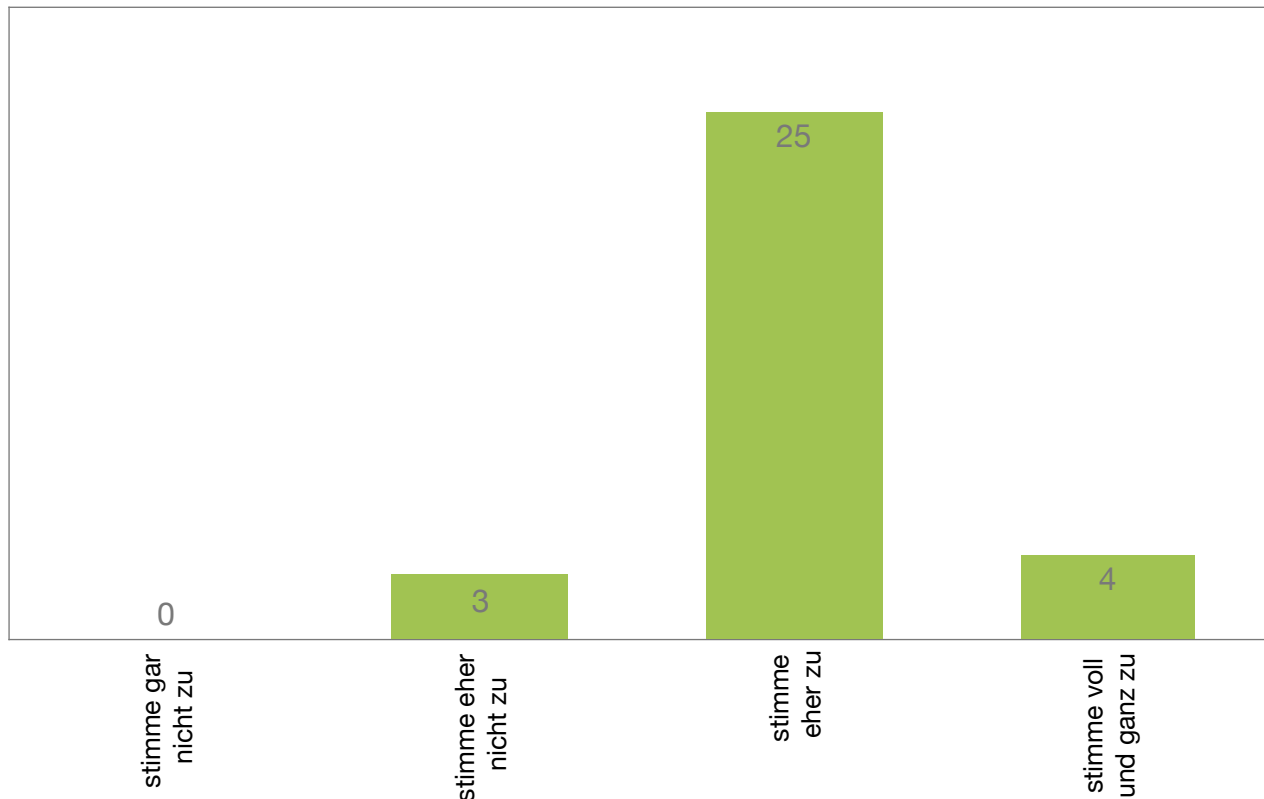
Bild: Auftaktkonferenz, 28.02.2018

2.3. Das Zusammenleben der Kulturen in Gladbeck

Im Rahmen der Umfrage wurde unter anderem danach gefragt, wie die Teilnehmer*innen ihre Lebenssituation beurteilen. Themen waren hierbei:

- Beurteilung der Lebenssituation generell
- Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus
- Chancengleichheit und Teilhabe
- Erfahrungen mit Behörden

Menschen leben gerne in Gladbeck



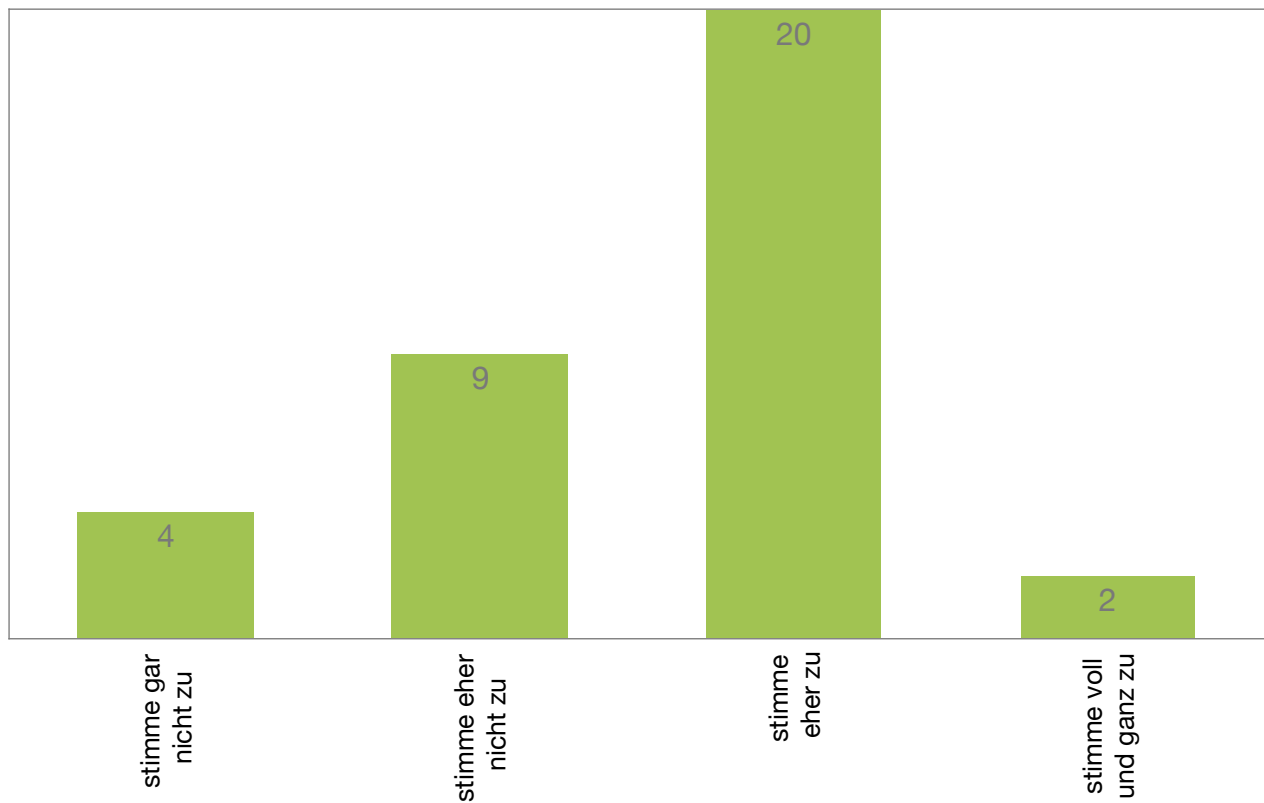
Deutlich wurde hierbei, dass ein Großteil der Befragten annimmt, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft gut in Gladbeck leben können und sich hier wohlfühlen. 91% stimmten der Aussage „Menschen unterschiedlicher Herkunft leben gerne in Gladbeck“ eher bzw. voll und ganz zu.

63% stimmten eher oder voll und ganz zu, dass in Gladbeck Menschen unterschiedlichster Herkunft gut integriert und friedlich zusammenleben.

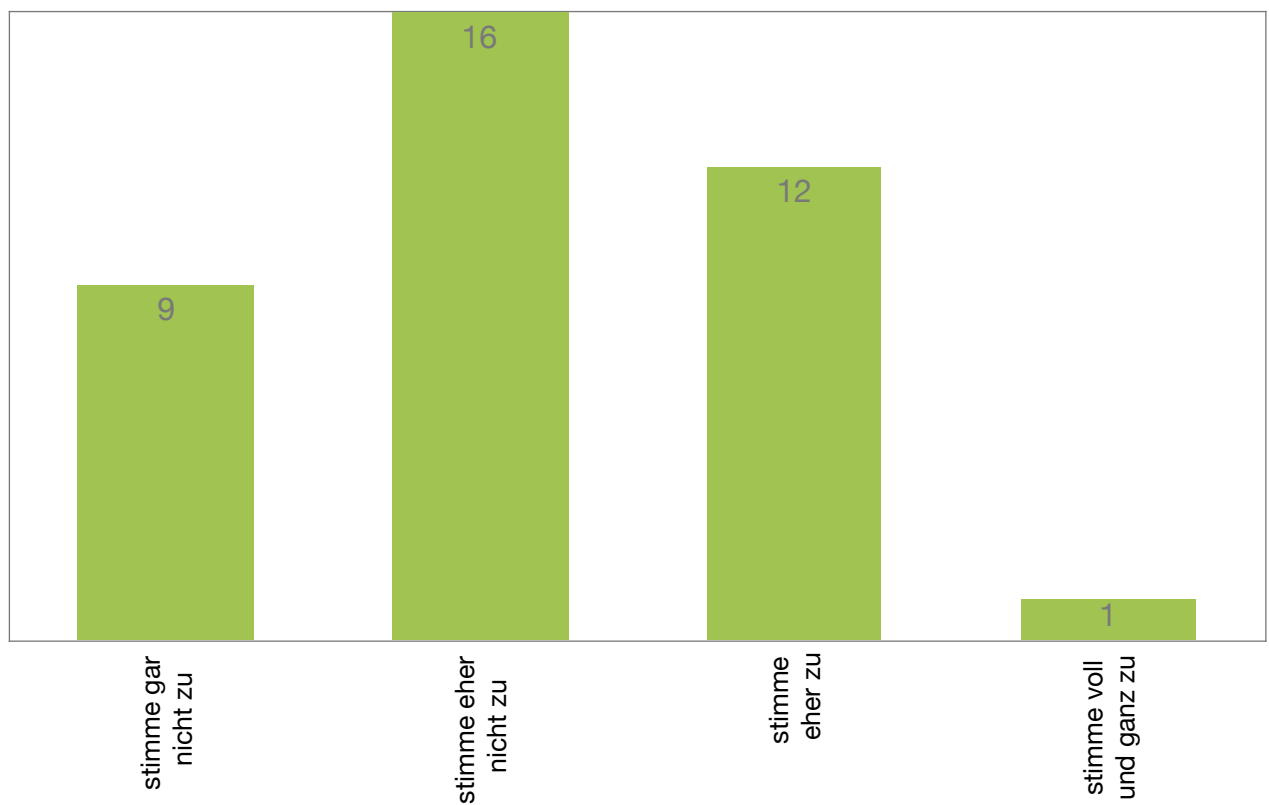
Damit wird der Zusammenhang von Integration und Zusammenleben deutlich kritischer beurteilt, als das Leben in Gladbeck generell. Dies spiegelt sich auch in den qualitativen Interviews, was u.a. im Handlungsfeld „Zusammenleben und Austausch“ deutlich wird.

In der Umfrage wurde ebenfalls angesprochen, wie Rassismus und Diskriminierung/ eigene Diskriminierungserfahrungen in Bezug auf die Gladbecker Gesellschaft gesehen/ erfahren wird. Hier gab es die Aussage „In Gladbeck gibt es so gut wie keinen Rassismus“, der nur 35% „eher“ bzw. „voll und ganz“ zustimmten. Spannend ist, dass dagegen sämtliche Migrantenselbstorganisationen der Aussage „eher“ zustimmten.

Menschen leben integriert/ friedlich zusammen

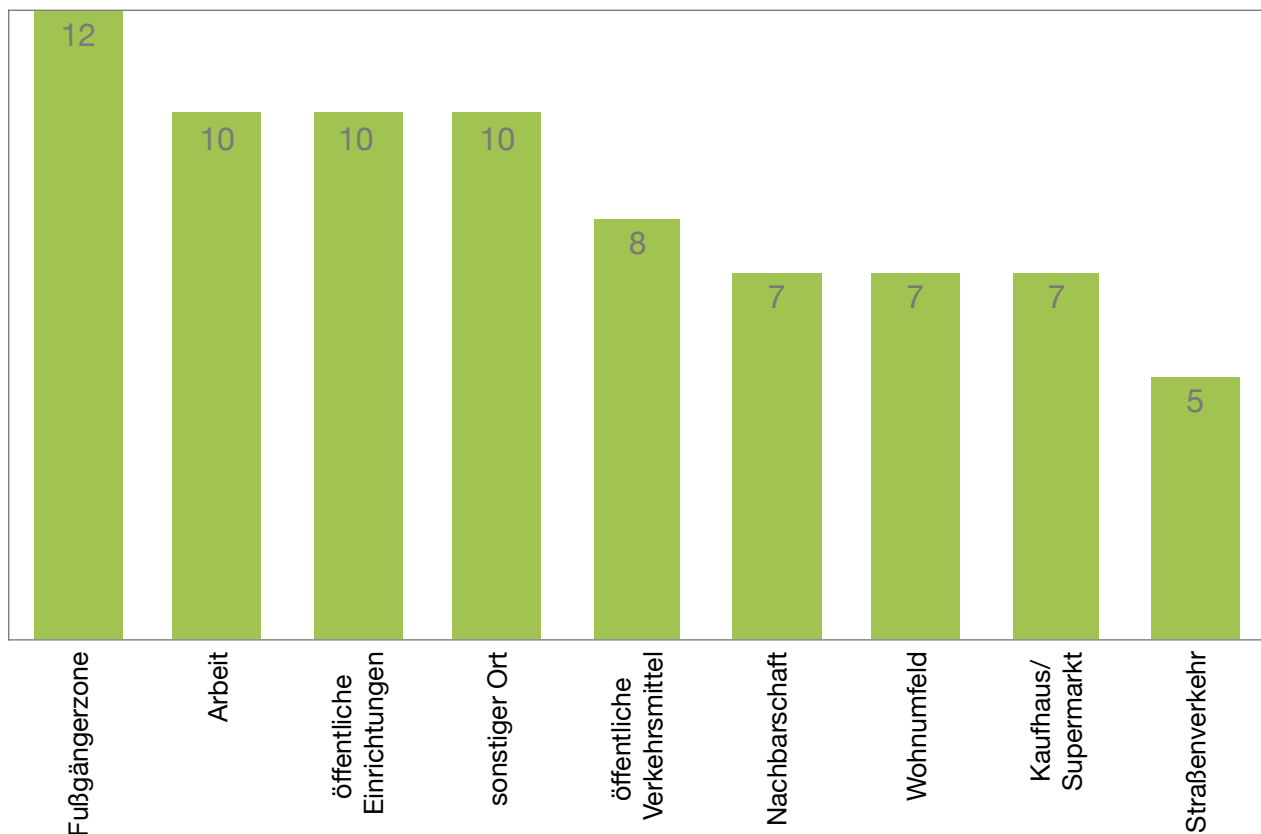


Kaum Rassismus in Gladbeck



Zusätzlich wurde nachgefragt, ob und wenn ja wo die/ der Befragte selbst oder eine der/ dem Befragten bekannte Person mit Migrations-/ Flüchtlingshintergrund diskriminiert wurde. Nur 10 Befragte von insgesamt 80 Personen gaben an, dass sie/ ihnen bekannte Personen mit Migrations-/ Flüchtlingshintergrund noch nie diskriminiert wurden - mehr als 85% der Teilnehmenden war dementsprechend schon selbst Diskriminierung ausgesetzt oder kennt Gladbecker*innen mit Migrations-/ Flüchtlingshintergrund, die diskriminiert wurden.

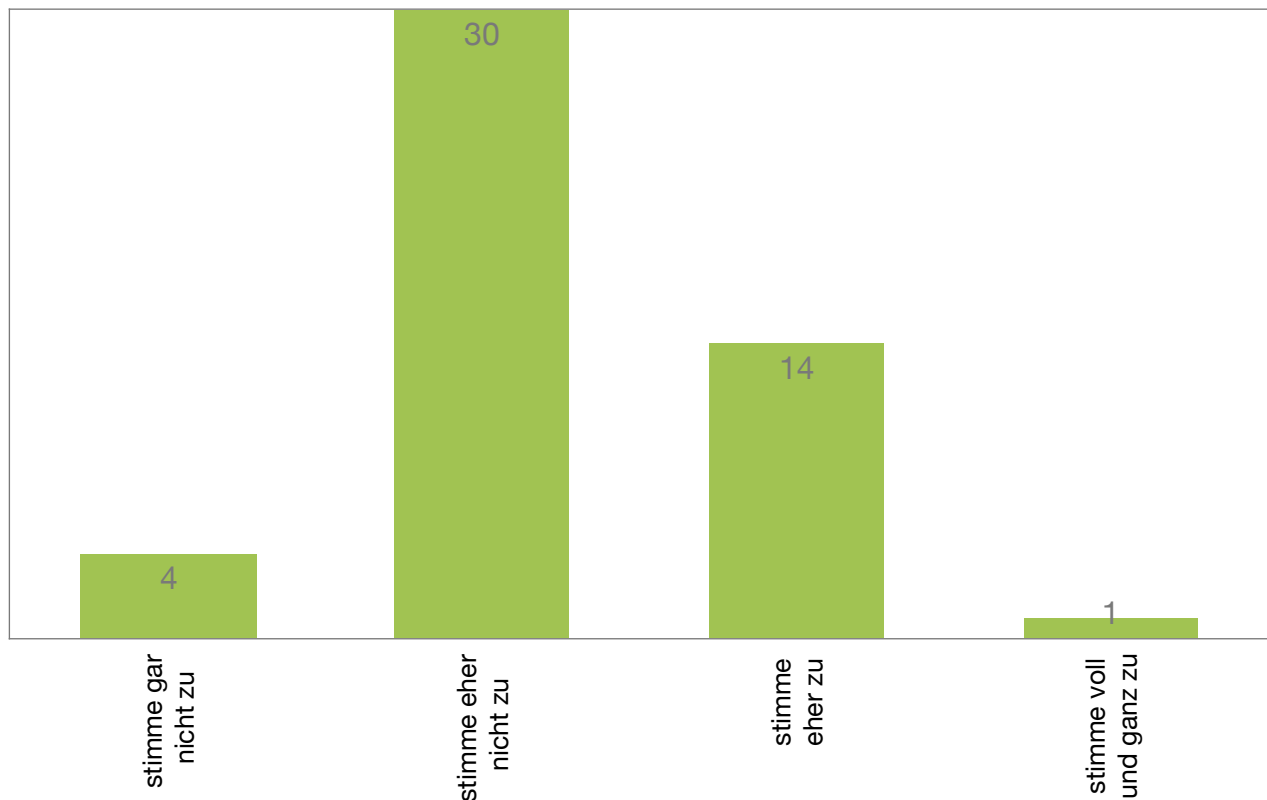
Diskriminierungserfahrung in Gladbeck



Deutlich wurde hierbei, dass Diskriminierung insbesondere im öffentlichen Raum in der Innenstadt/ Fußgängerzone eine Rolle spielt. Aber auch im Kontext von Arbeit und in öffentlichen Einrichtungen gibt es nach Wahrnehmung der Befragten diskriminierende Verhaltensweisen. Bei der freien Antwortmöglichkeit wurden als „sonstige Orte“ insbesondere Schulen benannt. Sowohl in den Interviews wie auch bei der quantitativen Befragung wurde zudem deutlich, dass diskriminierendes Verhalten nicht nur bei Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte auftritt. Es wurde ebenso thematisiert, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge diskriminieren können - z.B. indem „Deutsche“ beschimpft werden oder sich gegenüber ihnen respektlos verhalten wird. Dies wiederum kann Ängste und Vorurteile verstärken.

Eng mit dem Thema Diskriminierung ist auch die Frage nach der Chancengleichheit verbunden. Deswegen wurde gefragt, wie die Befragten zu der Aussage „Alle Gladbecker haben die gleichen gesellschaftlichen Chancen (z.B. in Schule und Beruf).“ stehen. 62% der quantitativ Befragten stimmten dieser Aussage „gar nicht“ bzw. „eher nicht“ zu. Die Migrantenselbstorganisationen schätzten dabei die Chancengleichheit positiver ein, als die anderen Befragten - nur eine Institution gab an, dass sie der Aussage nur „gar nicht“ zustimmen; alle anderen stimmten zumindest eher zu.

Chancengleichheit aller Gladbecker*innen



Abschließend soll darauf eingegangen werden, wie die Verwaltung im Integrationsprozess wahrgenommen wird. Grundsätzlich fällt hierbei auf, dass es viel Lob und positive Einschätzungen gibt:

*„Da sieht man (bei den Dezernent*innen und dem Bürgermeister, Anm. d. Verf.) mit welcher Energie versucht wird, da alte Verkrustungen aufzubrechen.“*

„Ich habe - mit ganz wenigen Ausnahmen - sehr positive persönliche Erfahrungen mit der Stadtverwaltung gemacht.“

„Meine Wahrnehmung ist: die Stadt Gladbeck versucht zu machen, was sie machen kann.“

Daneben gab es auch kritische Stimmen, die jedoch auch immer wieder betonten, dass es sich eher um Ausnahmen, Einzelfälle oder aber strukturelle Probleme handelt:

*„Grundsätzlich sind da zumeist schon sehr hilfsbereite Mitarbeiter*innen. Nur manchmal sind die Mitarbeiter*innen zu langsam und zu unfreundlich, aber nur manchmal (lacht, Anm. d. Verf.).“*

„In jedem Amt, inklusive der Leitung, gibt es Versagen. Aber ich mache natürlich Abstriche, nehmen wir den Dezernenten, der hat den Kopf so voll, so viele Bereiche, das kann doch ein Einzelner gar nicht erledigen. (...) Gladbeck kann froh sein, dass so ein Typ da mit an der Spitze steht. Die Komplexität der Dinge, die Organisation der einzelnen Ämter plus das Versagen einzelner Personen in den Ämtern, das ist ein Problem. Und da will ich sofort ergänzen, wir haben trotz allem sehr positive Beispiele (...).“ Dieses generell positive Bild spiegelt sich auch in der quantitativen Umfrage wider: 84 % der Befragten gaben an, sich von Behörden in Gladbeck unterstützt zu fühlen, fast 90% meinten, dass Migranten und Flüchtlinge von den Behörden unterstützt würden.



Bild: Auftaktkonferenz, 28.02.2018

2.4 Akteur*innen und Angebotsstrukturen

Ein wichtiges Thema im Rahmen der Bestandserhebung ist die Frage, wie es um die haupt- und ehrenamtlichen Akteur*innen in der Integrationsarbeit in Gladbeck sowie deren Angebotsstrukturen bestellt ist.

Dies betrifft zum einen die vorhandenen Ressourcen wie auch die Vernetzung der Akteur*innen. Zum anderen muss gefragt werden, welche Angebote in welchen Bereichen für welche Zielgruppen bereit gehalten und wie diese wahrgenommen werden.

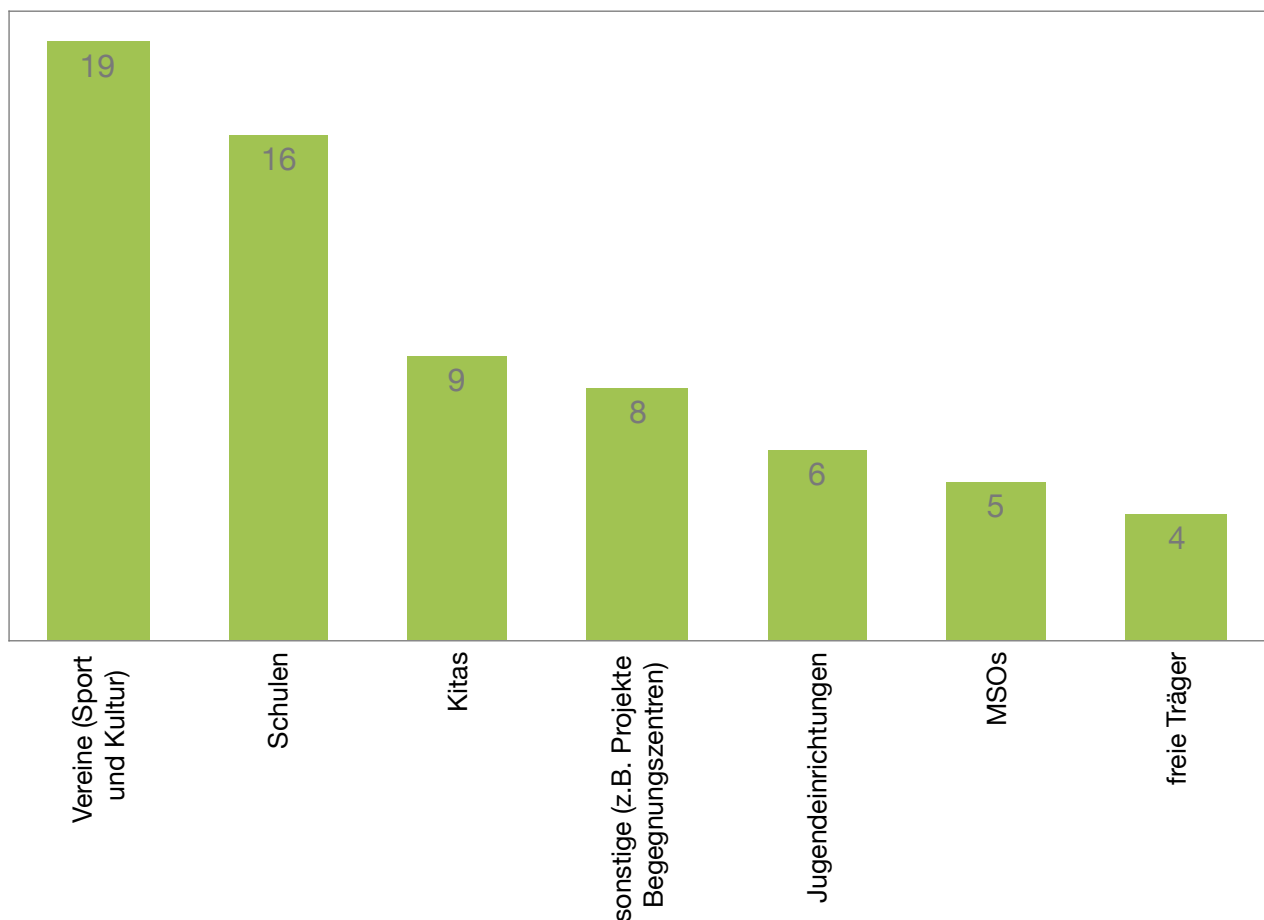
2.4.1 Rahmenbedingungen und Vernetzung

Bei den Migrantenselbstorganisationen (MSOs) ist deutlich, dass ein Großteil sämtlicher Angebote von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen umgesetzt wird. Im Schnitt gibt es zwei hauptamtliche Mitarbeiter*innen, von denen fast alle im Bereich der integrativen Angebote arbeiten.

Weitaus differenzierter ist das Bild bei den anderen Nichtregierungs- und Bildungsorganisationen, die an der quantitativen Umfrage teilgenommen haben (z.B. Beratungsstellen, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Sportvereine, Kulturvereine, Kirchengemeinden etc.).

Je nach Institution variiert nicht nur die Mitarbeiter*innenstärke - zwischen 60 und 0 - auch bezüglich der ehrenamtlich Engagierten gibt es eine große Bandbreite. Ein großer Sportverein gab über 100 freiwillig Tätige an, während kleinere Vereine oft nur ein oder zwei Ehrenamtler*innen begleiten können.

Verteilung Teilnehmer*innen quantitative Umfrage



Zusätzlich wurde im Rahmen der qualitativen Interviews deutlich, dass es auch Einzelpersonen gibt, die ohne Anbindung an Institutionen Menschen mit Migrationshintergrund begleiten, gerade im Bereich der Flüchtlingsarbeit.

Ein Großteil der Institutionen gibt an, vernetzt zu sein - über 90%. Aus dem Rahmen fallen die MSOs. Hier gab nur die Hälfte an, vernetzt zu sein. Dies passt auch zu den Aussagen in den qualitativen Interviews, wo immer wieder bemängelt wurde, ob und wie MSOs mit anderen Organisationen (außerhalb der Ägide der Stadtverwaltung) vernetzt sind:

„Ich habe noch nicht so stark erlebt, dass die Moscheevereine den Kontakt zu uns suchen, ich kann mir aber auch gut vorstellen, dass der Kontakt untereinander nicht so eng ist, vielleicht bei sehr wichtigen Themen. (...) An den Werkstätten, die ich erlebt habe, nehmen die nicht teil.“

Gerade die Moscheegemeinden sind zwar in der Vernetzung (über die Stadtverwaltung, Anm. d. Verf.) dabei, aber halten sich dort eher geschlossen. Darüber hinaus nehmen die nicht intensiver an der Vernetzung teil, immer nur, wenn das von der Stadt organisiert (wird, Anm. d. Verf.).

„Da gibt es überhaupt keine Zusammenarbeit und eigentlich nur wenige Schnittstellen.(...) Von der türkischen Gemeinde, da bin ich auch wirklich enttäuscht.“

Gleichzeitig wünschen sich aber alle befragten Migrantenselbstorganisationen eine stärkere Vernetzung, gerade mit anderen Vereinen im Bereich Sport oder mit dem Mädchenzentrum.

Dagegen gaben nur knapp 70% der anderen Nichtregierungsorganisationen an, ihre Vernetzungsstrukturen ausweiten zu wollen. Was zukünftige Vernetzungspartner*innen angeht, ergab sich hierbei kein einheitliches Bild. Hierfür ist auch die jeweilige Ausrichtung der Institutionen maßgeblich - ein Kampfkunstverein hat andere Angebotsstrukturen und Interessenlagen als eine Kindertageseinrichtung. Zudem lagen nicht alle künftig angestrebten Vernetzungen im integrativen Bereich.

Grundsätzlich wurde die Vernetzung mit der Stadtverwaltung sowohl in der quantitativen wie auch der qualitativen Umfrage positiv bewertet:

„Die Vernetzung im interkulturellen Bereich, die geht oft nur über die Verwaltung, die engagieren sich hier in Gladbeck wirklich stark, wenn ich das mal mit anderen Kommunen vergleiche.“

Kritischer war der Blick auf die Rolle des Integrationsrats in Bezug auf die Vernetzung der Institutionen in Gladbeck in dem Gremium selbst:

„Die Anspannung zwischen den verschiedenen Migrantengemeinschaften schlägt sich im Integrationsrat nieder. Der Vorsitzende, der sitzt da oft zwischen allen Stühlen. (...) Da Ruhe hineinzubekommen, um Gladbecker Politik zu verankern, das ist sehr sehr schwer. (...)“

2.4.2 Zielgruppen und Angebotsstrukturen in Gladbeck

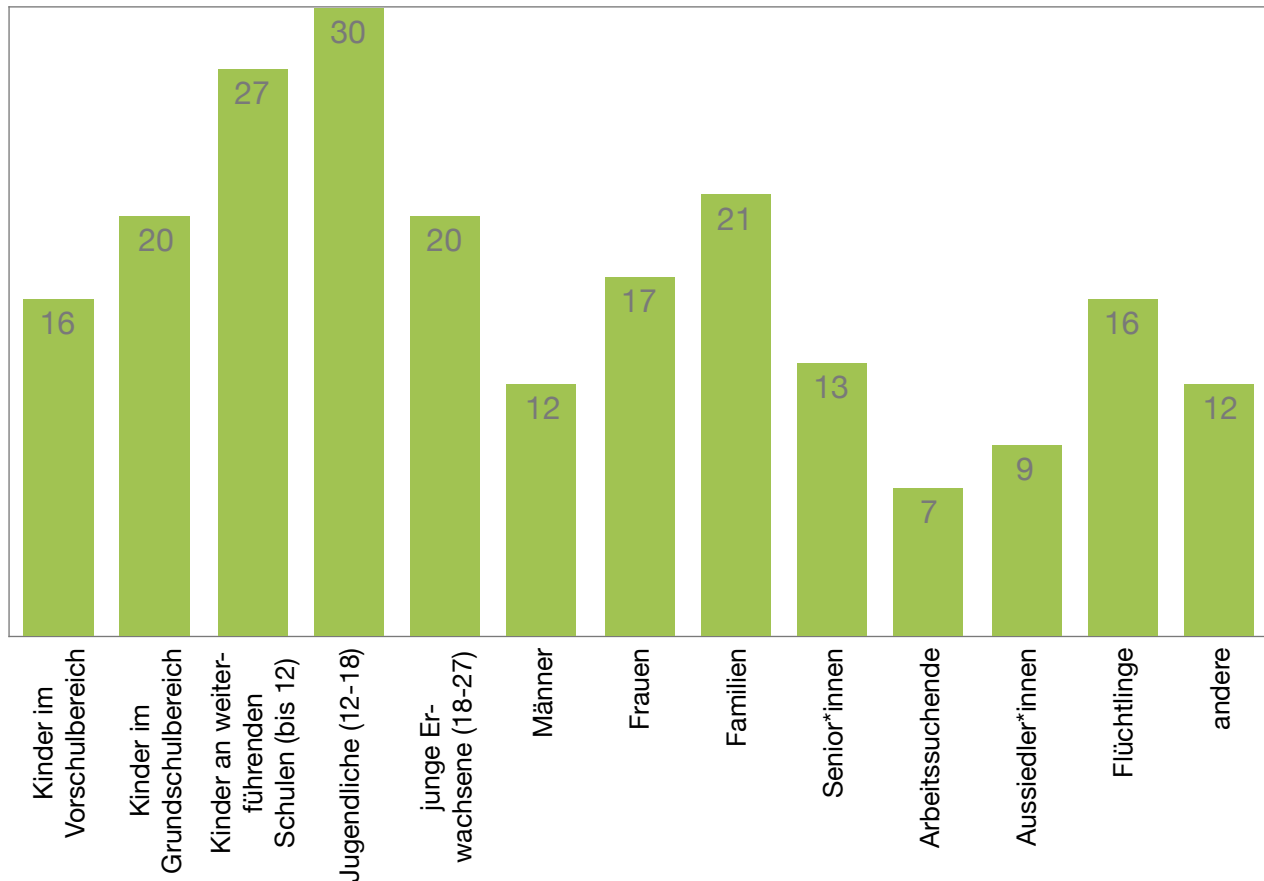
Sowohl in der qualitativen wie der quantitativen Umfrage wurde deutlich, dass sich der größte Teil der Angebote auch, aber nicht ausschließlich, an Menschen mit Zuwanderungsgeschichte richtet.

Die Angebote für Migrant*innen und Flüchtlinge liegen in den Bereichen Beratung, Spracherwerb und niederschwellige Begegnungsangebote, insb. Mutter-Kind-Angebote in Kirchengemeinden und Kitas. Zusätzlich gibt es spezifische Angebote zur Berufsorientierung und -vorbereitung.

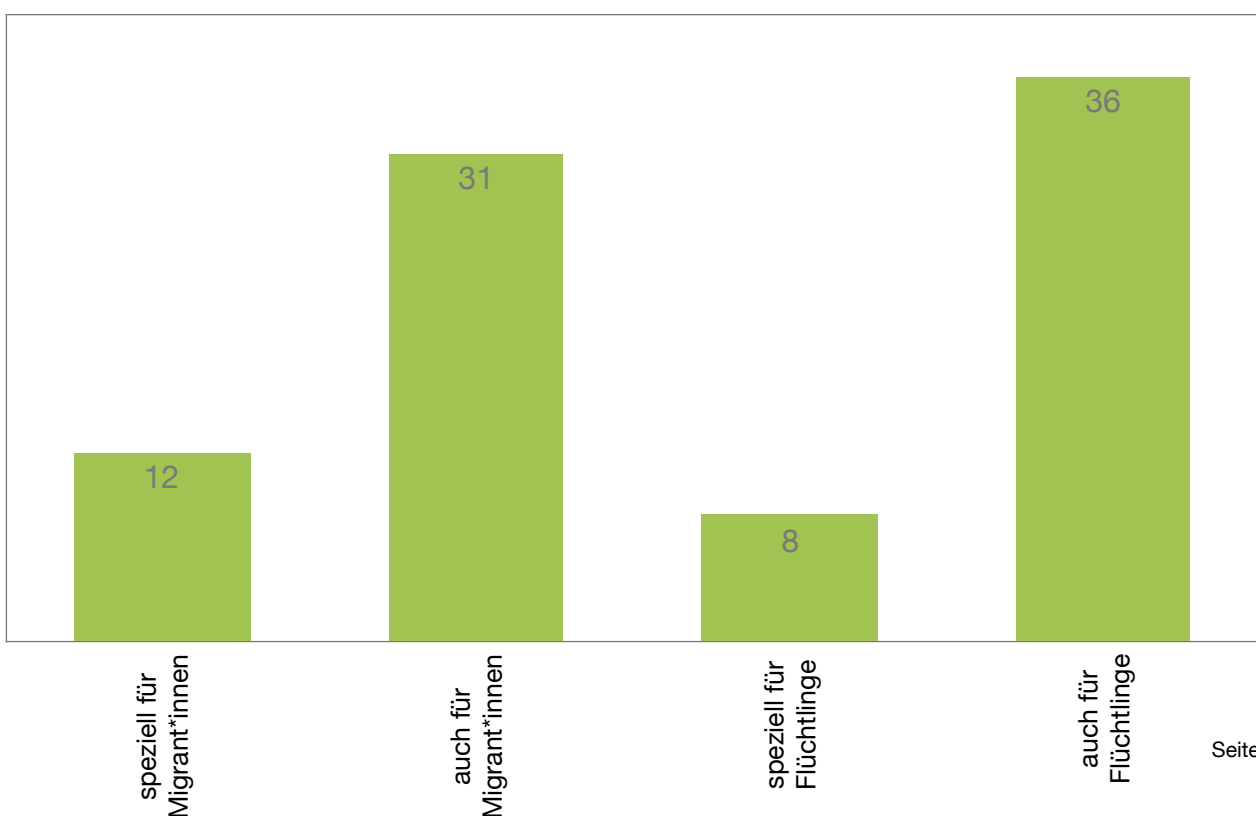
Parallel wurde erfragt, an welche weiteren Zielgruppen sich Angebote richten. Deutlich wird, dass gerade ältere Kinder (10-12 Jahre) und Jugendliche primäre Zielgruppen sind. Dies ist natürlich

der Teilnahme vieler Schulen und Vereine, insb. Sportvereine, an der Umfrage geschuldet. Viele Angebote zielen zudem auf Familien, junge Erwachsene und Kinder im Grundschulbereich ab, dicht gefolgt von Maßnahmen, die sich an Frauen richten sowie (auch) an Flüchtlinge. Männer, Senior*innen, Aussiedler*innen und Arbeitssuchende stehen deutlich weniger im Fokus.

Zielgruppen von Angeboten

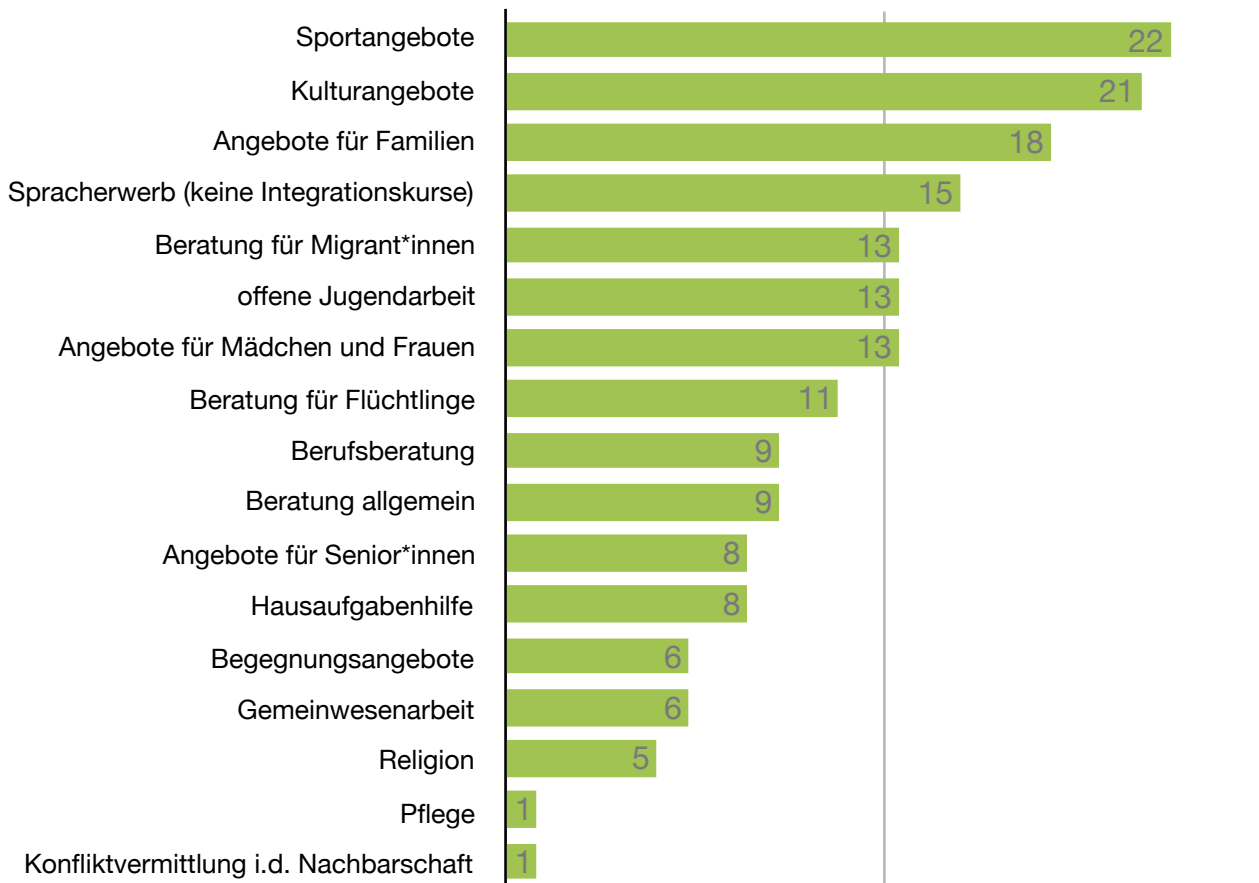


Zahl integrativer Angebote



Die meisten allgemeinen Angebote liegen in Bereich Sport und Kultur - von Fußball über Schwimmen und Reha-Sport über Wanderungen und Kampfkunst bis zum Erlernen von Musikinstrumenten, bildender Kunst oder aber kulturelle Veranstaltungen. Auch die Angebote, die sich an Familien richten, sind zahlreich. Mit Abstand folgen dann Sprachkurse, spezifische Beratungsangebote für Migrant*innen oder Flüchtlinge, Angebote der offenen Jugendarbeit und Aktivitäten für Mädchen und Frauen.³

Angebotsstruktur allgemein



Die Wahrnehmung der Angebote wird insgesamt als zufriedenstellend eingeschätzt. Knapp 60 % gaben an, dass ihr Angebot gut oder sehr gut angenommen wird. Weitere 33% meinten, die Annahme sei befriedigend bzw. ausreichend. Nur ca. 7% der NGOs (inklusive der MSOs) meinten, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nähmen das Angebot schlecht bzw. sehr schlecht wahr. Dies deckt sich mit der Einschätzung in den qualitativen Interviews. Auch hier war das Feedback insgesamt positiv, es wurden eher vereinzelte Gruppen benannt, die schwer erreichbar seien, so z.B. einige Familien aus Südosteuropa (Rumänien und Bulgarien). Diese würden sich auch nur bedingt in Strukturen einfügen:

„Bulgarische Roma kommen nicht zu Angeboten und gehen nicht in die Kita und nicht immer in die Schule.“

„Während der Kindergartenzeit kommen und gehen die Rumänen und Bulgaren wie sie wollen und bezahlen nicht. Die Syrer sind da ganz anders. (...)“

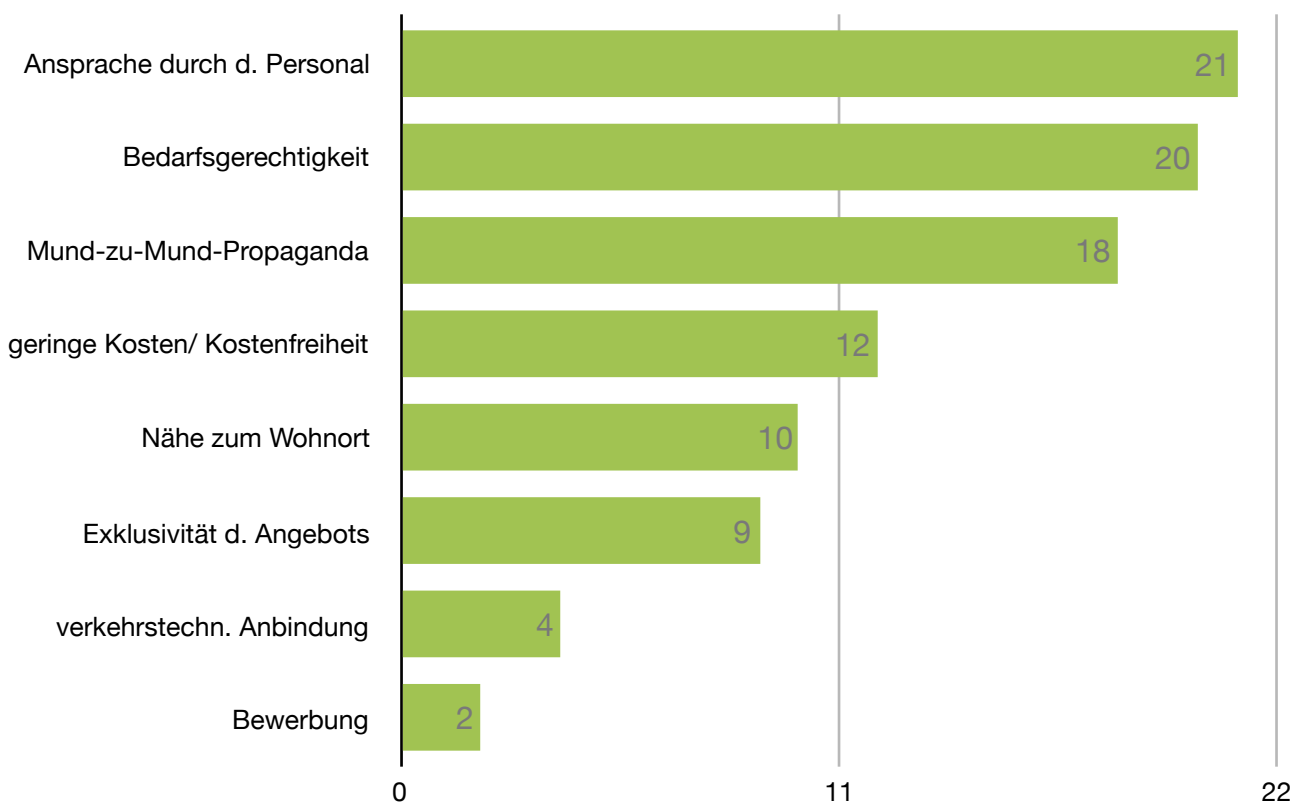
³ Eine detaillierte Auflistung sämtlicher Angebote mit Kontaktdaten der Institutionen, die an der Umfrage teilgenommen haben, findet sich im Anhang.

Andere Expert*innen führten negative Erfahrungen mit türkischstämmigen Frauen an, die bereits länger in Deutschland leben:

„Eltern-Kind-Kurse, schwangerschaftsbegleitende Kurse - auch das wird nicht optimal wahrgenommen. Und es ist ja nicht so, dass es da was anderes gibt, dass es in den Moscheen solche Kurse geben würde, die gehen dann einfach nirgendwo hin und ich weiß auch nicht woran das liegt.“

Die Befragten konnten angeben, was aus ihrer Sicht dazu beiträgt, dass Angebote gut wahrgenommen werden. Dabei sind „Die Zielgruppe fühlt sich durch die Mitarbeiter*innen angesprochen“ sowie „Das Angebot erfüllt den Bedarf der Zielgruppe“ die beiden Gründe, die am meisten benannt wurden, gefolgt von der Relevanz der Mund-zu-Mund-Propaganda.

Gründe für die Annahme der Angebote



2.5 Handlungsfeld: Zusammenleben und Austausch

2.5.1 Hintergrund

Als ein wichtiger Bereich im Rahmen der Bestandserhebung wurde das Handlungsfeld Zusammenleben und Austausch benannt. Dabei können folgende Teilbereiche unterschieden werden: Das weite Feld der **Befindlichkeiten**, in dem Ängste und - negative - Erfahrungen eine große Rolle spielen. Dann der Bereich **Politik und Stadtgesellschaft**, der besonders Teilhabe in demokratischen Prozessen und politischem Geschehen aber auch das Bewusstsein für gemeinsame Werte betrifft. Im Feld **Austausch und Kommunikationsprozess** wird beleuchtet, wie kommuniziert wird und wie der Austausch zwischen Menschen und Institutionen in Gladbeck optimiert werden kann. Abschließend gibt es den Bereich der direkten **Begegnung**, insbesondere in der Freizeit.

2.5.2 Bestehende Angebote

siehe Anhang, S. 55, ff.

2.5.3 Herausforderungen

In diesem Handlungsfeld wurden die meisten Herausforderungen benannt, die zumeist auf einer Ebene angesiedelt sind, die weniger greifbar als „Sprache und Bildung“ oder „Wohnen und Quartier“ ist. Dies heißt nicht, dass die Bedarfe nicht klar und deutlich kommuniziert wurden - sei es in Interviews oder aber während der Auftaktkonferenz - vielmehr werden Themen berührt, die deutlich auf einer Metaebene angesiedelt sind.

Dies wird bereits bei der ersten Herausforderung deutlich, die im Bereich **Befindlichkeiten** angesiedelt ist: **Es gibt, spätestens seit der „Flüchtlingskrise“, Skepsis bei der einheimischen Bevölkerung**, die sich in der Angst vor dem eigenen (ökonomischen oder sozialen) Abstieg ebenso spiegelt wie in der Angst vor Übergriffen im öffentlichen Raum oder aber der Angst vor „Überfremdung“. Eine befragte Expertin äußerte hierzu:

„Wenn ich mit Menschen in Gladbeck spreche, dann merke ich schon, dass die skeptisch sind. Die sagen dann ‚Mmh, die Flüchtlinge...‘. Da tragen auch die Medien zu bei: ‚Die bösen Flüchtlinge, die haben jetzt da...‘ und dann die Sache in Köln.“

Andere meinten:

„Die Problematik in der Gladbecker Bevölkerung hat sich durch die Flüchtlingskrise geändert. Da ist das Gefühl, da kommen Fremde und die werden besser versorgt als die ehemalige Hausfrau, die heute ihre Rente aufstocken muss. Dass auch die Flüchtlinge Rechte auf Unterhalt etc. haben, das kann man z.T. nur noch schwer vermitteln.“

„Es gibt ein Problem der „Abgehängten“ - wie soll man denen vermitteln, dass sie ggf. seit Jahren am Existenzminimum leben und Menschen, die neu kommen, plötzlich aus ihrer Sicht viel mehr geholfen wird?“

Die Nutzung des öffentlichen Raums durch Menschen mit Zuwanderungshintergrund, gerade durch männliche Flüchtlinge, scheint ebenfalls Ängste hervorzurufen:

„Wenn dann z.B. viele von den Männern bei Backwerk stehen und sitzen, draußen, da habe ich schon mitbekommen, dass einige Angst haben, die Frauen, die in den umliegenden Geschäften arbeiten. Natürlich ist das übertrieben, aber diese Vorbehalte, die sind da.“

Ziel wäre, dass die einheimische Bevölkerung sich mit diesen vorhandenen Ängsten und Befindlichkeiten auseinandergesetzt hat und Deutschland realistisch als Zuwanderungsland sieht, um so ein positiveres Verständnis von Integration und Zusammenleben zu gewinnen. Diese betrifft alle „Einheimischen“, besonders jedoch auch diejenigen, die sich in prekären Lebenslagen befinden und hier besonders anfällig für solche Ängste sind.

Zuwander*innen, so wurde moniert, machen auch in Gladbeck **multiple Diskriminierungserfahrungen**. Gerade Frauen mit Kopftuch seien hiervon betroffen, nicht nur wenn sie sich im öffentlichen Bereich bewegen, sondern auch im Bereich der Arbeit/ Arbeitssuche. Das Thema der Diskriminierung - das auch bei der Auftaktkonferenz eine große Rolle spielte - zeigte sich bereits in den Experteninterviews:

„Ich trage selbst das Kopftuch. Da gibt es Reaktionen, immer wieder, manche klein, andere groß, das reicht vom Alltag bis zur Wohnungssuche.“

Dabei spielt nicht zuletzt auch die politische Situation eine Rolle, z.B. der Wahlerfolg der AfD in Brauck. So schilderte eine Frau mit Migrationshintergrund:

„Das mit der AfD, das hat uns wirklich geschockt (...). Wir hätten damit gar nicht gerechnet, ich bin da aufgewachsen, ich habe nie diese Feindseligkeit irgendwo gespürt (...). Unbewusst ist das jetzt schon so, dass man sich fragt, wenn man in Geschäfte und Einrichtungen in Brauck geht - haben die das gewählt? Ich bin bestimmt nicht die einzige Person, die sich so fühlt.“

Ziel wäre hier, dass es in der Stadt keine Diskriminierung von Zuwander*innen (bereits länger in Gladbeck lebend und Flüchtlingen), insb. auch Frauen, gibt.

Zuwander*innen, gerade ältere Erwachsene, haben zudem auch **Angst vor Assimilation und dem Verlust eigener kultureller Wurzeln**. Dies zeigt sich aus Sicht der befragten Gladbecker*innen z.B. in den Reaktionen auf den Umgang mit der Darstellung der jetzigen Situation in der Türkei in der deutschen Presse und im Austausch mit nicht-türkischen Freunden und Bekannten:

„Oft ist das dann so, dass die türkischen Leute sich angegriffen fühlen, wenn das Thema angesprochen wird. Und die Leute, die nur das mitbekommen, was in den Medien erzählt wird, die sind dann natürlich so subjektiv wie das die Medien hergeben. (...) Wenn dann gesagt wird, ‚Ich habe in den Medien das und das gehört‘, dann passiert das schnell, dass sie sich angegriffen fühlen und sagen ‚Ja aber das stimmt doch nicht, so ist das doch gar nicht.“

Die Folgen von solchen Entwicklungen sei eine zunehmende Segregation:

„In den letzten zehn Jahren ist es weit auseinandergegangen, finde ich. Ich will da die Schuld auch gar nicht bei den ‚Urdeutschen‘ sehen, das ist wirklich auch bei den muslimischen Leuten so, dass sie ihre eigene Community bilden und das ist dann auch gerade in den letzten zehn Jahren, dass auch die jungen Leute sich auf ihren Glauben zurückziehen. In meiner Kindheit war vieles schlimm, was ich tagtäglich erlebt habe - ‚Ich bin die Ausländerin‘ - aber jetzt ist es wieder anders, ich sage für mich immer ‚die Kopftuchfraktion‘, das hat so stark zugenommen und viele von denen sind dann nicht so offen gegenüber anderen Menschen, gegenüber dem anderen Glauben.“

„Die haben sich weit entfernt von der Stadtgesellschaft, die haben nur noch mit sich selbst zu tun.“

Es habe jedoch auch andere Zeiten gegeben:

„Die ersten Kollegen, die wollten sich noch integrieren, die waren noch nicht so abgeschottet z.B. mit deutschen Familien in einem Haus, das hat sich stark verändert. Man kannte sich nicht nur von der Arbeit her, sondern auch aus einem gemeinsamen Wohnumfeld, dafür wurde dann z.B. im Wohnungsausschuss des Bergwerks geregelt, das machte sich bezahlt.“

Besonders betroffen seien einige Gruppen aus Südosteuropa, hier wird vermutet, dass es sich um Roma handelt:

„Die Familien wohnen immer zusammen, sie integrieren sich nicht. Die Frauen bleiben zu Hause und Schule ist nicht wichtig. Der Kindergarten ja, die Schule nein.“

Es sei wichtig, gemeinsam mit möglichst allen Akteur*innen eine positive Definition von Integration zu entwickeln, die Ängste auf allen Seiten aufgreift, Segregation überwindet und alle Beteiligten in die Pflicht nimmt.

Wichtig war, gerade im Rahmen der Auftaktkonferenz, dass **Befindlichkeiten oft die Gemeinsamkeiten und das, was alle in Gladbeck lebenden Menschen verbindet, verdecken**. Hier gilt es, vor dem Hintergrund all dieser Befindlichkeiten das Gemeinsame und Verbindende für und mit allen Gladbecker*innen in den Mittelpunkt zu stellen.

Im Bereich **Politik und Stadtgesellschaft** wurde angemahnt, dass **Politiker*innen sich aktiver am Prozess der Integration in und für die Stadtgesellschaft beteiligen müssen**, seien es Politiker*innen in Gladbeck oder für Gladbeck (MdL, MdB). Diese sollen als wichtige Stakeholder im Integrationsprozess, sowohl innerstädtisch wie auch über die Stadt hinaus alle Gladbecker*innen agieren.

„Das Zusammenleben ist bestimmt von einer Vielzahl von rosaroten Brillen. Weil die Zusammenarbeit zwischen offiziellen, politischen Stellen und den entsprechenden Vereinen, sprich Moscheevereinen, das gestaltete sich offiziell gut bis zufriedenstellend. Aber das ist nicht genug.“

*„Das Integrationskonzept muss einen politischen Auftrag an die Politiker in und für Gladbeck geben - vom BM bis zu den Mandatsträger*innen auf Bundesebene, die Bezüge zu Gladbeck haben.“*

Gerade diese Politiker*innen seien zudem gefordert, den **Integrationsprozess bewusst und vor dem Hintergrund der „verpassten“ Integration der Gastarbeiter*innen und ihrer Kinder/ Kinderkinder zu gestalten**.

„Das Thema ist doch ausgesessen worden: ‚Es dauert halt drei Generationen‘ egal ob etwas getan wird oder nicht oder ‚Die gehen wieder zurück‘. Die Realität zeigt aber, dass es ohne zielgerichtete Unterstützung noch länger dauert; gerade wenn es eigene Strukturen gibt - Beispiel Medien aus den Ursprungsländern - auf die Zuwanderer zurückgreifen können.“

Deswegen müssten zum einen die Defizite des „verpassten“ Integrationsprozesses aus der Ära der Gastarbeiter*innen bekannt sein und für anstehende Integrationsprozesse positiv verarbeitet werden. Zum anderen sei es abzuklären, ob und wie diese Integration nachgeholt werden kann und muss bei den bereits länger in Gladbeck lebenden Zuwander*innen.

Ein weiteres wichtiges Thema, dass sich wie ein roter Faden durch die Interviews zog, war, dass **Demokratie und politische Partizipation erlebbar werden müssen**. Ziel müsse dementsprechend sein, dass alle Gladbecker*innen ein grundlegendes Verständnis von Demokratie und demokratischen Prozessen haben. Dabei wurde als eine Idee angedacht, Menschen an die Teilnahme an Ratssitzungen oder die Arbeit der Parteien heranzuführen. Insbesondere neu Zugewanderte und Flüchtlinge, aber auch Menschen ohne Migrationshintergrund, die politikverdrossen sind, sollten angesprochen werden.

„Menschen mit Migrationshintergrund, besonders Flüchtlinge, müssen doch an politische Prozesse, an demokratische Prozesse herangeführt werden, z.B. durch die Teilnahme an Ratssitzungen.“

Hierfür müssten die Parteien in Gladbeck, der Rat der Stadt und Institutionen, die mit den Zielgruppen zu tun haben und an politisches Geschehen heranführen können, zusammenarbeiten.

Wie bereits oben beschrieben erleben viele Zuwander*innen in ihrem Alltag Diskriminierung. Hintergrund sei, so die Folgerung, dass **Vorurteile und Diskriminierungsstrukturen in der Gesellschaft noch viel zu stark vorhanden sind**. Durch den aktiven Einsatz von Politiker*innen in/ für Gladbeck und von der Stadtverwaltung müsse dem begegnet werden. Zudem sollten auch alle Gladbecker*innen als mündige Bürger*innen den Mut haben, gegen Vorurteile und Diskriminierung aufzustehen und sich gegen rechte Strömungen zu positionieren.

Es fehle insgesamt oft noch an einer **Kultur des Zusammenlebens**, die vorhandene Elemente einer Willkommenskultur aufgreift bzw. vertieft und in deren Rahmen es auch einen **Wertekonsens** gibt. Diese müsse mit allen Gladbecker*innen, die partizipieren wollen, entwickelt werden, in Gladbeck bekannt sein und auch gelebt werden. Es wurde angedacht, mit den Politiker*innen in Gladbeck bzw. für Gladbeck (MdL, MdB) sowie der Stadtverwaltung Gladbeck und allen am Prozess Interessierten eine „Gladbecker Erklärung“ für gemeinsame Werte und Prinzipien des Zusammenlebens zu erstellen.

Wie im Bereich **Austausch und Kommunikationsprozess** angesprochen, müsse hierfür grundsätzlich geklärt werden, was in Gladbeck eigentlich unter „**Integration**“ zu verstehen sei.

„Was ist das - Integration? Da müssen wir klären, Begriffsdefinition von Integration als wechselseitiger Prozess auf Augenhöhe, der wertschätzend ist.“

Wie schwierig der Begriff ist und wie sehr Befindlichkeiten berührt werden, wurde auch auf der Auftaktkonferenz sichtbar. Hier gilt es, so die Teilnehmer*innen, erneut das Gemeinsame in den Mittelpunkt zu stellen, anstatt immer nur das Trennende zu betonen. Dies greift die Erklärung „Wir in Gladbeck“ auf (S. 40).

Ein weiterer Punkt, der ebenfalls bei der Auftaktkonferenz angesprochen wurde, war, dass **viele Zuwander*innen andere Mentalitäten mitbringen**, was z.T. irritiert.

„Gerade durch Heiraten kommen auch immer wieder konservative Türken zu uns und das merken wir auch als Jugendliche, die hier aufgewachsen sind. (...) Man geht mit einigen Sachen hier nicht so streng um. Z.B. wenn Mädchen und Jungen Hand in Hand durch die Straßen gehen, das ist in der Türkei nicht so gern gesehen, aber hier ist das normal. Das ist für die Leute, die aus der Türkei kommen, irritierend und deren Reaktion für uns auch.“

Gladbecker*innen müssten über verschiedene Mentalitäten informiert werden und einen Weg finden, diese Mentalitäten so anzupassen, dass das Zusammenleben gelingt. Dabei müssten, so Tenor auf der Auftaktkonferenz, gerade auch Flüchtlinge über die Mentalität der Mehrheitsbevölkerung aufgeklärt werden.

Ein dritter, gerade im Rahmen der Auftaktkonferenz intensiv diskutierter Punkt war, dass **es in Gladbeck an einer „Streitkultur“ fehle**, in der man schwierige Themen ansprechen und deutlich benennen kann, ohne dass sich das Gegenüber angegriffen fühlt.

„Es gibt kein Wir-Gefühl, es gibt keine Streitkultur. Nehmen wir mal das mit der Türkei oder das mit der AfD - wo ist da die Streitkultur, wo diskutieren wir offen miteinander?“

„In meiner Familie - wir halten uns da raus und versuchen möglichst keine Antworten zu geben (zum Thema Türkeipolitik, Anm. d. Verf.). Natürlich haben wir einen eigenen Standpunkt, den behalten wir für uns, weil man nicht weiß, ob man sich damit Freunde oder Feinde macht.“

Wichtig sei es, eine Streitkultur zu etablieren, die allen Beteiligten verständlich und zugänglich ist. Dabei wurde vorgeschlagen, stärker mit „Ich-Botschaften“ zu kommunizieren und gleichzeitig bei Missverständnissen und Irritationen nachzufragen und nachzuhaken.

Eine Schwierigkeit im Themenfeld Austausch und Kommunikation scheint der **Austausch mit Migrantenselbstorganisationen (MSOs)** zu sein, der nur bedingt und punktuell funktioniert. Als Beispiel wurde benannt, dass mit der Vermittlung der Verwaltung gemeinsam Feste und Events geplant und umgesetzt werden, eine intensivere, langfristige Kooperation jedoch oft scheitert.

„Was ich noch nicht erlebt habe, sind Migrantenselbstorganisationen. Da muss ich ganz ehrlich sagen, da habe ich noch nicht so viele gesehen. (...) Ich habe sie in Bezug auf meine Arbeit und im Netzwerk noch nicht erlebt. Aber das sind auch Netzwerke für Fachkräfte.“

„Die Probleme sind ja in den Gemeinden bekannt, aber da kommt nichts und das finde ich eigentlich sehr sehr traurig.“

Dabei spielt, so die Aussagen der Expert*innen auch eine Rolle, dass die MSOs zum größten Teil ehrenamtlich arbeiten und hier überfordert sind (siehe auch Handlungsfeld Fortbildung und Information).

Das Problem ist doch, dass hier oft weniger Profis sind, es gibt viele Ehrenamtler. Deswegen haben wir eine Asymmetrie, hier die Profis, dort die Leute, die nach ihrer eigentlichen Arbeit noch im Verein arbeiten und sich vernetzen sollen. Wenn die dann nicht kommen, ist das kein Desinteresse, sondern ein Problem von Ressourcen.“

Auch die Sprachkompetenz sei Thema:

„Wenn im Vorstand Deutsch Sprechende sind, dann läuft das gut (...). Wenn es keinen gibt, der Deutsch im Vorstand spricht, dann ist das ein Problem, die verstehen dann die Situationen oft auch nicht.“

Hier gelte es, eine Struktur zu schaffen, die für alle daran Interessierten optimal ist und unabhängig von Verwaltungshandeln ist. Dabei müssten auch die Grenzen des Ehrenamts in MSOs anerkannt werden (siehe Punkt 2.5.3).

Beim **Austausch zwischen den Ämtern komme es zu Reibungsverlusten** (Beispiel Sozialamt und Jobcenter), die insbesondere Flüchtlinge betreffen. Dieser Austausch könne noch weiter optimiert werden.

„Als Beispiel - ein Flüchtling wechselt von Sozialamt zum Jobcenter - dann ist da immer wieder ‚Wust an Papieren‘ beizubringen, obwohl alles im anderen Amt vorliegt. Das sind dann für die Betroffenen komplizierte Erfahrungen, die nicht integrationsfördernd sind. Das liegt z.T. an einigen Mitarbeitern, liegt aber auch an der Struktur.“

Es fehlt, so die Ansicht vieler Befragter, eine **koordinierende Stelle, die eine Übersicht über alle Angebote hat** und den Austausch und die Vernetzung koordiniert. Zusätzlich könnte sie innerhalb der Verwaltung das Thema Integration noch stärker als Querschnittsaufgabe verankern.

Die Schaffung einer solchen Stelle wäre eine gute Hilfestellung für haupt- und ehrenamtlich im Feld der Integration Tätige.

Im vierten Feld, dem Themenfeld **Begegnung**, wurde bereits in der erweiterten Steuerungsgruppe angemerkt, dass es nicht genügend **(wohnnah) Freizeitangebote für Kinder und Jugendli-**

che gäbe bzw. diese nicht ausreichend bekannt seien. Gerade für Kinder und Jugendliche aus prekären Verhältnissen wäre es gut, wenn mehr wohnortnahe Angebote vorhanden seien (siehe auch Handlungsfeld Sprache und Bildung). Hier seien alle wichtigen Stakeholder*innen im Bereich der Jugendarbeit gefragt: Jugendeinrichtungen, freie Träger, Kirchengemeinden, Begegnungszentren. Auch Familienzentren, Schulen und Kitas seien in ihrer Multiplikatorenfunktion relevant.

Es bestehen nach Ansicht der Befragten, aber auch der Teilnehmer*innen der Auftaktkonferenz **wenig persönliche Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte**, insb. Freundschaften. Dabei sei das Interesse, gerade von Seiten der Flüchtlinge eigentlich groß:

„Da merke ich, die wollen, die suchen den Kontakt, ich erlebe z.B. in der Formularhilfe Frauen, die mir sagen, ‚Ich möchte gerne mit anderen Menschen zusammensitzen, die deutschsprachig sind, um alleine ein bisschen die Sprache zu trainieren.‘“

Etwas anders gestaltete sich die Sicht auf die länger hier lebenden Menschen mit einem Migrationshintergrund:

„Die ersten Kollegen, die wollten sich noch integrieren, die waren noch nicht so abgeschottet z.B. mit deutschen Familien in einem Haus, das hat sich stark verändert. Man kannte sich nicht nur von der Arbeit her, sondern auch aus einem gemeinsamen Wohnumfeld, das wurde dann z.B. im Wohnungsausschuss des Bergwerks geregelt, das machte sich bezahlt. Aber mehr Leerstände, da ließ sich dieses Durchmischen nicht mehr gewährleisten. (...) Die werden immer verschlossener, man fragt, wie gehts, gut und schön, aber eben das, was sich über Jahre gezeigt hat, dass man ein Kollege unter Kollegen war, das ist nicht mehr so.“

Eingeschränkt werden muss hier, dass befragte Jugendliche und junge Erwachsene dies anders beurteilen. Gerade für die Generationen 27+ scheint es wichtig zu sein, längerfristige, private Kontakte zwischen Gladbecker*innen mit und ohne Zuwanderungshintergrund zu initiieren. Wie während der Auftaktkonferenz angesprochen, könne man hierbei von Kindern und Jugendlichen lernen.

Abschließend wurde angemerkt, dass vorhandene **Begegnungsangebote oft wenig konsequent wahrgenommen werden** (z.B. bei Brückenangeboten mit Kindern). Gerade die „Unzuverlässigkeit“ von Zuwanderinnen, die schon länger in Gladbeck leben, sei hierbei auffällig.

„Ich erlebe gerade türkische Frauen als unzuverlässiger als z.B. polnische und russische Zuwanderinnen. Die türkischen Frauen brechen öfter weg oder werden über eigene Strukturen versorgt. Da fehlt mir auch z.T. das eigene Engagement.“

Ganz anders stellt eine andere Expertin ihre Sicht dar:

„Es gibt genug Angebote, aber sie werden kaum angenommen. Insbesondere Migranten aus dem Ostblock nehmen Angebote kaum an und haben kaum Verständnis für Bildung.“

Eine dritte betont neutraler:

„Bei den vielen Angeboten, die wir haben, sollte man gucken, wie man die Teilnehmer und Teilnehmerinnen noch mehr überzeugt. Besonders, dass sie realisieren, wie wichtig es für ihr Leben hier ist, dass sie dranbleiben. Die Projekte sind da, die Programme sind da, das Fachpersonal auch, aber beide Seiten müssen mitarbeiten.“

Es sei wichtig, dass Angebote nicht nur der Bedarfslage entsprechen, sondern von der Zielgruppe mit der ggf. nötigen Konsequenz wahrgenommen werden.

2.6. Handlungsfeld: Sprache und Bildung

2.6.1 Hintergrund

Auch der Themenkomplex „**Sprache und Bildung**“ fiel bereits als wichtiges Handlungsfeld in der quantitativen und qualitativen Befragung auf. In der Diskussion auf der Auftaktkonferenz zeigte sich, dass die Felder **Spracherwerb** sowie **Bildung und Kompetenzen** zentrale Aspekte des integrativen Geschehens in Gladbeck sind. Insbesondere die Angebotssituation im Bereich des Spracherwerbs sticht hervor.

2.6.2 Bestehende Angebote

siehe Anhang, S. 55, ff.

2.6.3 Herausforderungen

Als eine Herausforderung wurde gerade in der Auftaktkonferenz benannt, dass es an einer **koordinierenden Stelle, die die Angebote und Nachfrage im Bereich der Sprachkurse verknüpft**, fehlt. Wenn eine solche Stelle eingerichtet werde, die Informationen von sämtlichen Sprach- und Integrationskursanbieter*innen, sowie an anderen Stellen angebotenen ggf. niederschweligen Angeboten bündele und sie dann über die Verwaltung, Schulen und Kitas, Beratungsstellen etc. wieder an die Zielgruppe weitergebe, könnten alle Gladbecker*innen mit Sprachförderbedarf hiervon profitieren.

Bezüglich der Gruppe der Kinder wurde angeführt, dass **Kitaplätze und Brückenangebote fehlen**. Zwar gibt es hier bereits Ansätze, aber diese scheinen nicht ausreichend, um alle Kinder mit Zuwanderungshintergrund (bereits länger in Gladbeck lebend und Flüchtlinge) aufzufangen.

Diejenigen Kinder, die einen Kitaplatz haben, scheinen dann z.T. nur **unregelmäßig oder täglich kürzer als sie könnten, in die Einrichtung zu kommen**. Dies betrifft auch z.T. die Brückenangebote.

„Und es ist ja nicht so, dass es da was anderes gibt, dass es in den Moscheen solche Kurse geben würde, die gehen dann einfach nirgendwo hin und ich weiß auch nicht woran das liegt. Vielleicht sind es die festen Termine, die Regelmäßigkeit oder ganz andere Probleme.“

Hierdurch werden Sprachförderung und Integration erschwert. Die Eltern sollten deswegen über die Möglichkeiten eines regelmäßigen und längeren Kita-Besuchs informiert werden (siehe auch Handlungsfeld Fortbildung und Information).

Für Kinder und Jugendliche gibt es laut Aussagen der Befragten **zu wenig Nachhilfeangebote, u.a. im Sprachbereich** (sowohl in gemischten Gruppen als auch sprachspezifisch). Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund (bereits länger in Gladbeck lebend und Flüchtlinge) müssten hier noch besser unterstützt werden. Denn die Expert*innen beobachten, dass sich im Laufe der Jahre die (sprachlichen) Kompetenzen bei den Kindern eher zurückgebildet als ausgebaut haben:

„Die Sprache hat sich eindeutig zurückentwickelt, Kinder können weder die Muttersprache gut noch die deutsche Sprache. (...) Dazu fällt mir nur ein, dass die Kita zur Pflicht gemacht werden müsste, denn viele Kinder gehen nicht in die Kita, dadurch fehlt es an rudimentären Sprachkenntnissen.“

Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund (bereits länger in Gladbeck lebend und Flüchtlinge) seien zudem **nicht ausreichend auf den Arbeitsmarkt vorbereitet**. Dies betrifft:

- die (schriftliche) Fachsprache bis C1 Niveau,
- die Abschlüsse, die auf Grund sprachlicher Probleme nicht erreicht werden
- Probleme bei der Orientierung und der realistischen Sicht bei Berufswünschen
- die nicht genügend eingebundenen Eltern, die bei der Berufswahl unterstützen
- die Begleitung durch geeignete Sozialarbeiter*innen an den Schulen, die es nicht in ausreichender Zahl gibt.

Dabei spiele auch das Elternhaus eine große Rolle:

„Es fehlt die Unterstützung und Motivation durch das Elternhaus, sich für die Belange ihrer Kinder zu interessieren und zu engagieren. Nicht nur bei den Migranten, überhaupt.“

Entweder müssten die Eltern gewonnen werden (siehe unten) oder zumindest die Jugendlichen an den (Berufs)Schulen weiter gestärkt werden. Als ein Ansatz wurde hierzu benannt, dass ein Austauschgremium zwischen den Schulen, dem Jobcenter, der Verwaltung und der Wirtschaft eingerichtet werden müsse. Es gilt aber auch, die Jugendlichen direkt zu stärken, so dass sie für den Arbeitsmarkt fit sind.

Gleichzeitig müsse an dieser Stelle auch über **(institutionelle) Diskriminierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem** gesprochen werden.

„Das Bildungssystem betreibt doch noch zu viel Ausgrenzung, da wird nach dem Namen geurteilt, den eine Person trägt.“

Dies sei ebenfalls ein Grund für die schlechte Ausbildungsreife der Jugendlichen und habe noch weitere Auswirkung:

„Da entstehen Frustrationen bei Jugendlichen, dass man nur auf Grund eines anderen Namens, eines anderen Aussehens, banaler Sachen, z.B. Nachteile im Berufsleben erlebt (...). Das führt automatisch zu Frustration, zum Gefühl des ‚Nicht-Angenommenseins‘. Dann wundert man sich, warum Jugendliche, die in Deutschland sozialisiert worden sind, die mit der türkischen Politik gar nichts zu tun haben, plötzlich Fans von Erdogan werden.“

Das Thema (institutionelle) Diskriminierung im Bildungssystem müsse in verschiedenen Gremien und Arbeitskreisen thematisiert werden. Zudem sollten bestehende Bildungsinstitutionen prüfen, inwieweit diskriminierende Handlungsweisen bei ihnen vorhanden sind (z.B. durch Evaluation).

Bei den Erwachsenen mit Zuwanderungshintergrund, gerade bei Flüchtlingen, bleibt **Alphabetisierung** in wichtiges Thema. Ziel müsse sein, alle in Gladbeck lebenden Personen zu alphabetisieren.

Bei den **Integrationskursen** fiel auf, dass die Wartelisten zu lang und Kinderbetreuung ein **Problem** ist.

„Viele warten lange auf so einen Kurs und der deckt nur bedingt die Bedürfnisse ab. Da müssen Fragen beantwortet werden wie ‚wie lernt jemand‘, ‚wer ist bildungsaffiner‘, ‚wer hat Kinder‘.“

Hierfür wurde angedacht, den bestehenden AK Sprache und Bildung um Mitglieder des Amts für Erziehung zu erweitern, um Kinderbetreuung zu planen. Ob die bestehenden Integrations- und Sprachkurse den individuellen Bedürfnissen in den Bereichen Lerntempo, Lernziel und Lernerfahrung genügend gerecht werden, war strittig. Während dies im Rahmen der quantitativen und qualitativen Erhebung benannt wurde, wurde dies auf der Auftaktkonferenz von den anwesenden Ex-

pert*innen verneint: diesen individuellen Bedürfnissen würden die vorhandenen Sprach- und Integrationskurse gerecht, so der Tenor.

Gerade Frauen mit Zuwanderungsgeschichte seien, auch wenn sie bereits länger in Deutschland lebten, von mangelnden Deutschkenntnissen betroffen. Hier existiere ein besonderer Bedarf an niederschweligen Sprachkursen (Alltagsdeutsch), z.T. mit Kinderbetreuung. Eine weitere gesondert zu betrachtende Zielgruppe sind Flüchtlinge im Asylverfahren bzw. mit abschlägig beschiedenem Asylantrag. Hier gebe es **nicht genügend Unterstützung beim Spracherwerb**, insbesondere weil sie von Integrationskursen ausgeschlossen seien.

„Das ist ein Unding; das mit der Bleibeperspektive, das ist der falsche Ansatz, denn auch, wenn jemand zurückgehen muss, aber die Sprache gelernt hat, dann geht der anders zurück, auch mit anderen Chancen.“

Um diese Gruppe aufzufangen, sei ein Ansatz, dass es genügend und ausdifferenzierte Sprachkurse gebe. Dann müsste die - z.T. bereits bestehende - Kooperation mit der VHS ausgeweitet werden, so dass diese Flüchtlinge dort Deutschprüfungen ablegen dürften. Ein anderer Ansatz sei, wenn gerade die Politiker*innen in Gladbeck bzw. für Gladbeck (MdL, MdB) sich intensiv in ihren jeweiligen Kontexten dafür einsetzten, dass die Integrationskurse auch für Flüchtlinge im Asylverfahren/ mit abgelehnten Asylverfahren grundsätzlich geöffnet werden.

Hinsichtlich der Deutschkurse fiel auch auf, dass es **wenig Räume für Sprachkurse** gibt. Als Handlungsansatz wurde angedacht, alle Schulen nach Raumnutzungsmöglichkeiten zu befragen, so dass wenn möglich, dort nachmittags und abends Kurse stattfinden können.

Im Bereich **Bildung und Kompetenzen** wurde gefragt, wie man **Demokratie und politische Partizipation, insbesondere für Jugendliche, erlebbar gestalten** könne.

„In der Schule wird da zu wenig drüber gesprochen, aber das liegt auch an den Klassenverbänden, die so krass gemischt sind mit unterschiedlichen Nationalitäten, dazu viele Flüchtlinge. Dabei sollte nicht mit Finger auf Menschen gezeigt werden, weil wir die besseren Demokraten sind, nein, wir müssen kommunizieren und sprechen.“

Ähnlich wie bei den Erwachsenen (siehe Handlungsfeld Zusammenleben und Austausch), wurde als eine Idee in den Raum gestellt, in Kooperation von Schulen, Parteien und Jugendeinrichtungen Jugendliche an Ratssitzungen heranzuführen. Zudem könne vermittels Öffentlichkeitsarbeit stärker auf die Arbeit des Jugendrats aufmerksam gemacht werden. Abschließend wurde angeregt, Projekte zum Thema Demokratie und Partizipation speziell für und mit Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund (bereits länger in Gladbeck lebend und Flüchtlinge) und ohne durchzuführen.

In Bezug auf diese Zielgruppe sahen die Befragten als weitere Herausforderung, dass **niederschwellige Angebote von Jugendlichen für Jugendliche**, die besonders gut funktionieren würden, ausgeweitet werden sollten. Jugendliche könnten so anderen Jugendlichen wichtige Kompetenzen vermitteln, einerseits in Kinder- und Jugendtreffs als Orte des miteinander und voneinander Lernens, andererseits bei Veranstaltungen des Jugendrats. Dabei spiele jedoch auch immer das eigene Engagement der Zielgruppe eine Rolle:

„Das Mädchenzentrum, das finde ich eine gute Sache. Aber da gehen immer die selben Mädchen hin, da fruchtet bislang auch nicht, dass auch in unseren Räumen darüber berichtet wird, dass wir das beworben haben. Es gibt bestimmt immer noch viele, die wissen nicht, was das soll, was da passiert. Aber die machen auch selbst nicht den Schritt, da hineinzuschnuppern.“

Dass **gerade Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund sich nicht mit Gladbeck identifizierten oder die Stadt nicht als „Heimat“ ansehen**, war ein weiteres Problem, das im Rahmen

der Erhebung benannt wurde. Es sei wichtig, dass möglichst alle Jugendlichen einen Bezug zu Gladbeck, der Geschichte von und Kultur in Gladbeck haben. Es könnten auch zusätzliche Angebote implementiert werden, die Gladbeck für Jugendliche attraktiver machen. Hier wurde auf der Auftaktkonferenz die Idee geäußert, Räumlichkeiten, in denen Jugendliche sich regelmäßig kostenlos treffen können, zu schaffen und hierbei auf vorhandenen Ansätzen aufzubauen.

Bei den Erwachsenen wurde die Relevanz der Elternarbeit unterstrichen - **Eltern müssten im Rahmen von intensiverer Elternarbeit fit gemacht werden, damit sie ihre Kinder von Geburt an unterstützen können**. Einerseits bezieht sich dies auf ihre Erziehungskompetenz und die Bildung. Eltern in Gladbeck haben ein grundlegendes Verständnis vom Bildungssystem und ausreichende Erziehungskompetenzen. Angebote hierzu erfolgen in verschiedenen Sprachen, um möglichst viele Eltern zu erreichen. Hierfür müssten Elternkurse konzipiert bzw. bestehende Kursangebote ggf. inhaltlich überarbeitet werden. Auch über das Thema Sprachförderung und Mehrsprachigkeit gelte es Eltern stärker zu informieren, damit sie verstünden wie der Erwerb von Erst- und Zweitsprache zusammenhängt. Abschließend gelte es, Eltern zu vermitteln, dass sie in der Familie vorhandene kulturelle Elemente nutzen und verbinden, anstatt Trennendes zu betonen. Neben den Müttern müsse in Zukunft ggf. der Fokus auch stärker auf Vätern liegen.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen forderten zudem, dass **verstärkt Mehrsprachigkeit und Zuwanderungshintergrund als Ressourcen anerkannt** werden sollten. Dies sei wichtig für die Zuwander*innen selbst: sie müssten die eigenen Ressourcen erkennen und nutzen, insbesondere die eigene interkulturelle Flexibilität, das Wechseln zwischen kulturellen Rollen wird bewusst genutzt. Gerade Zuwander*innen, die länger in Deutschland leben bzw. Jugendliche und Erwachsene, die nur einen Zuwanderungshintergrund haben, seien hier Zielgruppen.

Über die Generationen hinweg wurde bemängelt, dass **Bildungsmöglichkeiten z.T. zu stark von der Sprachkompetenz abhängen** würden. Es gelte, hier alternative Wege zur Förderung von Bildung und Kompetenzen zu finden, z.B. über darstellende und bildende Künste, bei der Sprache für den Integrations- und Bildungsprozess nicht im Mittelpunkt steht. Angedacht wurde, ein Innovationszentrum für Bildung in einer ehemaligen Schule (z.B. Willy-Brand Schule in Zweckel) zu entwickeln und hier gerade Rentner*innen als Tutor*innen zu gewinnen. Kinder könnten an Schulen im Rahmen musikalischer Projekte gefördert werden.

Bezüglich der Schulen wurde in diesem Handlungsfeld abschließend bemerkt, dass **Schulklassen zu groß** seien. Dies überfordere Lehrer*innen und Kinder.

„In einer Grundschulklasse mit 30 Kindern, stellen Sie sich einmal vor, davon spricht die Hälfte nicht deutsch. Aber diese 15 Kinder sprechen auch noch unterschiedliche Sprachen. Wie soll dann ein Lehrer einen Unterricht gestalten, der allen gerecht ist? Ich wäre damit überfordert.“

Damit Schüler*innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte gut lernen könnten, müssten kleinere Schulklassen geschaffen werden, in denen Kinder emotional sicher lernen können.

2.7. Handlungsfeld: Fortbildung und Information

2.7.1 Hintergrund

Sowohl in den Experteninterviews wie auch in der Online-Umfrage wurde deutlich, dass es im Handlungsfeld Fortbildung und Information zahlreiche Herausforderungen gibt.

Dies betrifft sowohl diejenigen, die als hauptberuflich oder ehrenamtlich t,ätige Menschen mit (und ohne) Migrationshintergrund begleiten wie auch diejenigen, die selbst einen Zuwanderungshintergrund haben, sei es, dass sie bereits länger bzw. seit ihrer Geburt in Gladbeck leben, sei es, dass sie neu zugewandert sind.

Dementsprechend wurde zwischen **Angebote für „Profis“** und **Informationsangebote und Begleitung für Betroffene** unterschieden.

2.7.2 Bestehende Angebote

siehe Anhang, S. 55, ff.

2.7.3 Herausforderungen

Im Bereich der **Angebote für „Profis“**, sprich diejenigen, die professionell bzw. semi-professionell mit und für Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten, wurde angesprochen, dass **in vielen Bereichen immer noch nicht genügend interkulturelle Kompetenz vorhanden** sei - Stichwort war hierbei „Umgang mit Mentalitäten“:

Es gibt da eine ‚kollektivistische Denke‘ bei vielen Migranten und die eher ‚individualistische Denke‘ bei vielen Deutschen. Alle Seiten müssen sich damit auseinandersetzen; aber wir müssen auch den Zuwanderern vermitteln: ‚Es gibt nur die Unterstützung, um dann selbst laufen zu lernen, nicht dauerhaft, man muss sich selbst kümmern.‘“

Ggf. könnte hierbei auch das Thema **Traumatisierung** eine zusätzliche Rolle spielen. Ziel wäre, die hauptamtlich Tätigen hinreichend fortzubilden, um mit Menschen aus anderen Kulturen, die ggf. sogar traumatisiert sind, umgehen und zusammenarbeiten zu können. Zielgruppe seien zum einen Hauptamtler*innen aus dem gesamten sozialen Bereich inkl. Kita und Schule. Zum anderen seien solche Fortbildungsangebote jedoch auch für die Mitarbeiter*innen aus Verwaltungen und verwaltungsähnlichen Einrichtungen wichtig. Es müssten zielgruppenspezifische Informationsangebote geschaffen werden, die sowohl den Bereich der interkulturellen Kompetenz (Mentalitäten, soziale Strukturen und politische Strukturen in Herkunftsländern) wie auch ggf. eine grundlegende Einführung in den Umgang mit traumatisierten Menschen umfassen. Gerade im Bereich der Verwaltung müsse sich darüber hinaus ggf. auch das Selbstverständnis ändern und hierfür ein Leitfaden initiiert und umgesetzt werden. Ggf. müsse man zudem gleich in der Ausbildung ansetzen (siehe Handlungsfeld Arbeitsmarkt und Beschäftigung).

Parallel wurde hierzu angesprochen, dass auch eine **begleitende Supervision** wichtig sei, da viele hauptamtlich Tätige im sozialen Bereich, aber auch in der Stadtverwaltung, sehr belastet seien.

Gerade bei Kindertageseinrichtungen und dem dortigen Personal **stehe das individuelle Kind nicht genügend im Mittelpunkt und sei nicht ausreichend Ausgangspunkt des Handelns.**

„Das Fachpersonal muss so gestärkt werden, dass das Kind im Mittelpunkt steht und dass auch familiäre Situationen ins Auge gefasst werden - nicht nur Defizite, sondern auch die Potentiale, wo haben Eltern sich Gedanken gemacht, was sind deren Wünsche.“

Nicht nur im vorschulischen, sondern auch schulischen Bereich würden die **Eltern nicht genügend mitgenommen, ihre Ressourcen und Potentiale nicht ausreichend einbezogen**. Elternarbeit müsse noch viel mehr auf Augenhöhe stattfinden, so dass die Expertise in eigener Sache bei den Eltern von Seiten des Fachpersonals anerkannt werde. Ressourcen und Potentiale der Eltern müssten mehr gesehen und proaktiv einbezogen werden. Ein besonderer Fokus solle hierbei auf den Müttern liegen, ohne die Väter außer Acht zu lassen. Gleichzeitig gelte es, den Eltern auch eine realistische Sicht auf Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder zu vermitteln:

„Oft sind die Erwartungen an Institutionen und Kinder von Seiten von Menschen mit Zuwandererhintergrund sehr hoch - hier muss ein Abgleich mit der Realität, dem, was möglich ist und dem, was auch Familien dafür tun müssen, stattfinden.“

Ein weiteres Problemfeld, dass auch in der ersten Arbeitsgruppe (siehe Handlungsfeld Zusammenleben und Austausch) benannt wurde und den Bereich der semi-professionellen Akteur*innen betrifft, sind die **Migrantenselbstorganisationen, deren Handeln oft als unprofessionell bezeichnet wurde**. Hier liegt die besondere Herausforderung darin, dass diese Organisationen oft von ehrenamtlichen Personal leben, das aber in der Zusammenarbeit mit den professionellen Akteur*innen, denen andere Ressourcen zu Verfügung stehen, schnell überfordert ist. Als Idee wurde formuliert, gerade diese semi-professionellen Akteur*innen zu professionalisieren. Hierfür seien Schulungen für Multiplikator*innen möglich. Diese könnten Wissen vermitteln und damit die in MSOs Tätigen stärken und motivieren. Gleichzeitig würde im Rahmen solcher Schulungen auch aufgezeigt, wo Grenzen des Ehrenamts sind.

Auch das nächste Thema liegt am Übergang von Akteur*innen zu Betroffenen: **der Umgang mit Religion und interreligiöser Austausch**. Dies betrifft zum einen haupt- und ehrenamtlich Tätige, wie auch die Zuwander*innen selbst (und ggf. alle in Gladbeck hieran Interessierten). Ziel sei es, dass sich sowohl die „Profis“ wie auch die Betroffenen zielgruppenspezifisch über andere Religionen informieren, diesen gegenüber tolerant seien und wenn dies für sie wichtig ist, an einem qualifizierten interreligiösen Austausch teilnehmen können.

Bezüglich der Zielgruppe der Zuwander*innen, insbesondere den neu Zugewanderten, die noch nicht gut Deutsch lesen und verstehen können (aber auch diejenigen, die bereits länger hier leben oder gar keinen Zuwanderungshintergrund und trotzdem Sprachverständnisschwierigkeiten haben), wurde angemahnt, dass es eine **„Zettelflut“ mit Formularen und Informationen gebe, die besonders diese Zielgruppe(n) überfordert**.

„Die Formularhilfe, die wird stark frequentiert, auch verstärkt von Flüchtlingen, obwohl für alle offen ist.“

Gerade Formulare und Informationen von Behörden seien hier zu nennen. Es müssten Wege gefunden werden, diese Masse zu reduzieren und verstärkt mit einfacher Sprache zu arbeiten, gerade bei Behörden wie z.B. dem Jobcenter.

„Lesen Sie das doch mal selbst (Bescheid des Jobcenters an einen Flüchtling, Anm. d. Verf.), das versteht niemand, das muss vereinfacht werden. Man kann doch in leichter Sprache die wichtigsten Punkte zu Beginn zusammenfassen. Das verstehe sogar ich als ehemalige Angestellte in der Verwaltung nicht. Aber damit diese Vereinfachung geschieht ... Die Strukturen (der Verwaltung, Anm. d. Verf.) stehen sich da selbst im Weg.“

Gleichzeitig gibt es, so die Befragten und die Anwesenden bei der Auftaktveranstaltung, **Infodefizite zu Systemen und Strukturen**. Diese sind je nach Zielgruppen sehr unterschiedlich. Es müssten (niederschwellige, ggf. muttersprachliche) Informationsveranstaltungen initiiert werden z.B. zu:

- Beratungs- und Hilfestrukturen (Ehrenamtler*innen, Zuwander*innen)
- Aufgaben und Angeboten der Verwaltung, insb. dem Jugendamt (Ehrenamtler*innen, Zuwander*innen)
- Gesundheit, Gesundheitssystem und Hygiene (Ehrenamtler*innen, Zuwander*innen, insb. Frauen und umF⁴)
- Sport (Zuwander*innen, insb. Frauen und umF)

Dabei sei es wichtig, mit einfacher Sprache und vielen Bildern zu arbeiten. Sprachmittler*innen und SPRINT-Coaches könnten flankierend eingesetzt werden.

Gerade **Eltern mit Zuwanderungshintergrund müssten durch Schulungen weiter gestärkt** werden. Hier können Seminare und Vorträge (z.B. im Rahmen von Elterncafés) angeboten werden zu Themen wie z.B.:

- Bildungssystem/ was leisten Schule und Kita, was leisten Eltern
- FDGO/ Demokratieverständnis
- Wertediskussion

Es wäre günstig, diese Veranstaltungen mit einem multikulturellen Dozententeam durchzuführen.

„Wir haben die Leute, die interkulturellen Profis, die das machen können. Wir müssen das nur tun, mit multikulturellen Teams an die Leute herantreten.“

Kinder, Jugendliche und erwachsene Neuzuwander*innen, insb. Flüchtlinge und aus der EU Zugewanderte, sind noch nicht ausreichend begleitet. Vermittels der Ausweitung bestehender Systeme könnten Pat*innen wie z.B. Sprachpat*innen oder Integrationspat*innen (z.B. Begleitung bei Behördengängen, Heranführung an Partizipationsmöglichkeiten) Jugendliche und erwachsene Neuzuwander*innen, insb. Flüchtlingen und aus der EU Kommende, ehrenamtlich begleiten. Gerade im Bereich der Behördengänge sei es gut, wenn mehr (kostenlose) Dolmetscher*innen stärker zur Verfügung gestellt werden könnten, um an diesen Stellen sprachliche Defizite aufzufangen. Abschließend wurde angedacht, spezielle Patenschaften zwischen Kindern und Senior*innen zu initiieren.

Schulsozialarbeiter*innen berichteten in Gesprächen, dass sich **an Schulen ein hohes Maß an Aggressivität bei jugendlichen Flüchtlingen, insb. jungen Männern**, zeige. Dabei wurden gerade die umF, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, benannt. Durch Traumata und Fluchterfahrung hervorgerufene Aggressivität gerade bei jugendlichen, männlichen Neuzuwanderern müssten bearbeitet werden, um den Schulbetrieb nicht zu gefährden. Dies könne im Rahmen der „normalen“ Schulsozialarbeit nicht aufgefangen werden, diese müsse ausgeweitet werden. Auch sprachunabhängige Deeskalationsmaßnahmen und Anti-Aggressionstrainings seien empfehlenswert.

Es wurde darüber hinaus angeregt, für alle Gladbecker*innen:

- eine **allgemeine soziale Beratung** zu schaffen
- eine **Ehrenamtsbörse** zu initiieren
- mittels eines „**Informationsmanagements**“ die **Transparenz von vorhandenen Angeboten zu verbessern**.

Gerade der letzte Punkt zeigte sich auch in den anderen Handlungsfeldern, wo immer wieder angesprochen wurde, dass koordinierende Stellen fehlen.

⁴ unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Abschließend wurde angedacht, die **zielgerichtete Vernetzung aller haupt- und ehrenamtlichen Kräfte zu intensivieren**, um zu erreichen, dass sich alle Akteure in Gladbeck quantitativ und qualitativ ausreichend vernetzt sehen.



Bild: Auftaktkonferenz, 28.02.2018

2.8. Handlungsfeld: Arbeitsmarkt und Beschäftigung

2.8.1 Hintergrund

Im Handlungsfeld Arbeitsmarkt und Beschäftigung wurden zum einen **Herausforderungen benannt, die die Menschen mit Zuwanderungshintergrund direkt betreffen**. Zum anderen lag ein Fokus auf den **Einrichtungen und Unternehmen**, die es zu stärken gilt, um Menschen mit Zuwanderungshintergrund besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können.

2.8.2 Bestehende Angebote

siehe Anhang, S. 55, ff.

2.8.3 Herausforderungen

Eine große Herausforderung in Gladbeck ist, dass **erwachsene Zuwander*innen, insb. Flüchtlinge, bezüglich der Integration in den Arbeitsmarkt dauerhaft in „Warteschleifen“ hängen**.

„Leute, die jahrelang hier herumsitzen und warten, nichts tun können, die gehen kaputt, die gehen vor die Hunde, das geht nicht.“

Dabei müsse durchaus nach verschiedenen Gruppen differenziert werden. Anzusprechen seien hier die **Flüchtlinge mit Aufenthaltsberechtigung** (wobei diese Gruppe ggf. noch weiter differenziert werden müsse, z.B. inwiefern sie über Bildungsabschlüsse verfügen, wie ihre familiäre Situation ist etc.). Hier sei es wichtig, dass es genügend Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze gebe. Zudem müsse das deutsche System zeitnah reagieren, um Menschen schneller in Arbeit zu bringen. Hier sei es nicht nur wichtig, zu sehen, was man direkt vor Ort bewegen könne, sondern auch die „Metaebene“ zu berücksichtigen. Es wurde angedacht, dass die Verwaltungsspitze und Politiker*innen in und für Gladbeck gezielt die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) im Sekretariat der Kultusministerkonferenz ansprechen sollen, um dafür zu werben, dass das deutsche System zeitnah bei der (teilweisen oder vollständigen) Anerkennung von Qualifikationen und Bildungsabschlüssen reagiere.

Bei der Zielgruppe der **Flüchtlinge, die noch im Asylverfahren sind** (bei denen auch ggf. weiter differenziert werden müsse, z.B. inwiefern sie über Bildungsabschlüsse verfügen, wie ihre familiäre Situation ist etc.) müsse der Fokus darauf liegen, dass es genügend Praktikumsplätze bzw. Maßnahmen gebe, bei der die Zielgruppe sich sinnvoll einsetzen sowie zusätzliche Qualifikationen erwerben könne, um dann bei einem positiven Bescheid schnell in reguläre Arbeit zu kommen.

Bei den **Flüchtlingen, deren Asylverfahren gescheitert** ist, seien ausreichend Maßnahmen zu schaffen, bei der sich die Zielgruppe sinnvoll einsetzen sowie zusätzliche Qualifikationen erwerben könne. Dies würde ihnen nicht nur bei der Überbrückung bis zur Abschiebung helfen, sondern auch danach, da sie mit den Qualifikationen ggf. im Ursprungsland ebenfalls leichter Arbeit fänden.

Neben den Bedarfen dieser Zielgruppen seien auch die Bedarfe der Zuwander*innen, die keine Flüchtlinge sind, zu berücksichtigen. Hier zeige sich z.T. ebenfalls eine mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt, der es durch gezielte Maßnahmen zu begegnen gelte, insb. durch ausreichend Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Diese Zielgruppe sei ebenfalls nicht homogen - es

müsse weiter nach Bildungsstand, vorhandenen Qualifikationen, sozialen Systemen, in die der Einzelne integriert sei, unterschieden werden.

Eine weitere Herausforderung stellen in den Augen der Expert*innen **die unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge (umF) und junge erwachsene Flüchtlinge bis 27 ohne familiären Anschluss** dar. Für diese gebe es noch **nicht ausreichend zielgruppenspezifisch gestaltete Angebote, die bei Bedarf von sozialen Maßnahmen flankiert** würden.

Eine vollkommen andere Zielgruppe stellen Frauen mit Zuwanderungshintergrund dar, sowohl die bereits länger hier Lebenden bzw. die neu nach Gladbeck Kommenden. Die Erfahrung zeige, dass diese Frauen oft gar nicht arbeiteten bzw. nur in geringfügigen Beschäftigungen beschäftigt sind. Dadurch seien **diese Frauen besonders von (Alters-)Armut betroffen**.

„Wir erleben das in Beratungssituationen. Diese Frauen leben teilweise seit Jahren und Jahrzehnten hier, ohne jemals Anschluss an den Arbeitsmarkt gefunden zu haben. Wenn sie durch die Familie im Alter nicht abgesichert werden, fallen sie durchs Netz.“



Bild: Auftaktkonferenz, 28.02.2018

2.9. Handlungsfeld: Wohnen und Quartier

2.9.1 Hintergrund

Das Thema „Wohnen und Quartier“ wurde insbesondere im Rahmen der erweiterten Steuerungsgruppe diskutiert. Es wurde hierbei schnell deutlich, dass es zum einen massive Probleme gibt, günstigen und gleichzeitig angemessenen Wohnraum zu finden. Dies betrifft nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern gerade auch Einzelpersonen und Familien, die ökonomisch benachteiligt sind. Zum anderen war Thema, dass es - selbstverständlich nicht nur in Gladbeck - Immobilien gibt, die einen Sanierungsstau aufweisen und trotzdem weiter vermietet werden.

2.9.2 Bestehende Angebote

siehe Anhang, S. 55, ff.

2.9.3 Herausforderungen

Es wurde als eine zentrale Herausforderung benannt, dass gerade **Menschen in prekären Lebenslagen in schwierigen Wohnverhältnissen leben** müssen. Das fange mit den Aufnahmeeinrichtungen der Flüchtlinge an:

„Zwei- drei Jahre im Container leben, das ermüdet, das belastet.“

Hier gelte es, dass unabhängig von Alter, Geschlecht, ggf. Migrationshintergrund und Einkommenslage es möglich sein müsse, dass alle Gladbecker*innen in einem ansprechenden, für ihre Bedürfnisse geeigneten Wohnumfeld leben können, dass sie aktiv mitgestalten. Ansätze hierfür konnten aus Sicht der Expert*innen weniger von Arbeitsgruppen als von Expertinnenrunden aus Stadtverwaltung, Wohnungsbaugenossenschaften und Immobilieneigentümer*innen erarbeitet werden.

Ein zweites Thema war, dass gerade die **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF), die nicht mehr in Wohngemeinschaften untergebracht sind, in Einzelwohnungen vereinsamen können**. Hierbei wäre es gut, wenn mehrere umF dauerhaft zusammen untergebracht würden.

Es wurde als **Querschnittsaufgabe im Gesamtprozess** benannt, dass für alle Handlungsfelder und hierfür zu erarbeitenden Maßnahmen ein **Quartiersbezug** hergestellt werden müsse.

3. „Wir in Gladbeck“ - Unser Verständnis von Zusammenleben

Die erweiterte Steuerungsgruppe, bestehend aus Mitarbeiter*innen von freien Trägern und der Verwaltung sowie Politiker*innen aus dem Integrationsrat, begleitete den Prozess nicht nur im Bereich des Controllings und durch flankierende informationelle Prozesse, sondern widmete sich inhaltlich - neben dem Handlungsfeld „Wohnen und Quartier“ - insbesondere der Frage, wie die im Rahmen des Braucker Integrationskonzepts erarbeitete Definition von Integration an die aktuellen Gegebenheiten und Bedarfe angepasst werden könne. Die damals gefundene Definition lautete:

„Unter Integration verstehen wir den gemeinsamen, dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderer/innen und Menschen mit Migrationshintergrund in die Aufnahmegesellschaft. Ziel ist die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität. Dieser Prozess unterliegt der ständigen Reflexion und Erneuerung und erfordert die aktive Mitwirkung aller auf individueller, gesellschaftlicher und politischer Ebene. Die Integration wird erleichtert, wenn Zugewanderte und ihre Nachkommen sowie Einheimische akzeptieren, ein Teil der Gesellschaft zu sein und für Chancengleichheit und Teilhabe aller eintreten.“

Insbesondere der Passus „Eingliederung von Zuwander*innen“ wurde kritisiert, da hier weniger ein Miteinander und das gemeinsame Erschaffen von Gesellschaft und ihren Strukturen als vielmehr eine Assimilation der „Neuen“ in die vorhandene Gesellschaft mit ihren Strukturen evoziert werde. Gemeinsam entwickelte die erweiterte Steuerungsgruppe ein über eine bloße Definition hinausgehendes Leitbild „Wir in Gladbeck“, das auch Grundlage eines zu erarbeitenden Wertekonsenses sein soll (siehe Punkt 4.2):

„Wir in Gladbeck - unser Verständnis von Zusammenleben“

Das Zusammenleben in Gladbeck ist seit langem migrationsgesellschaftliche Realität und gleichzeitig ein Prozess, der alle in Gladbeck lebenden Menschen betrifft.

Jeder Mensch nimmt in unserer offenen Stadtgesellschaft gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen von Anfang an teil, unabhängig von seinen individuellen Fähigkeiten und Lebensweisen, seiner ethnischen, kulturellen, religiösen und sozialen Herkunft, seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung und seines Alters.

„Wir in Gladbeck“ bedeutet, gemeinsam unser Zusammenleben und unsere Zukunft im Rahmen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und Gesetze zu entwickeln. Alle wirken hier mit ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen mit.

Dabei ist der Grundsatz der Anerkennung anderer Identitäten zu respektieren.

„Wir in Gladbeck“ sind für alle Beiträge offen und wollen, dass alle, die in unserer Stadt leben, gemeinsam Verantwortung übernehmen und auch Probleme gemeinsam lösen.

Kurzfassung in leichter Sprache:

Gladbeck ist eine vielfältige und offene Gesellschaft. Das heißt: jeder Mensch in Gladbeck kann und soll mitmachen. Wenn alle mitmachen, gibt es ein „Wir in Gladbeck“.

Wir arbeiten gemeinsam an unserem Zusammenleben und unserer Zukunft. Dabei ist unsere Demokratie mit unseren Gesetzen die Grundlage für alle.

4. Ergebnisse der Expert*innenworkshops

Im Anschluss an die Auftaktkonferenz trafen sich die Expert*innenworkshops zu vier der fünf benannten Handlungsfelder; der Umgang mit den Herausforderungen des Handlungsfelds „Wohnen und Quartier“ und hierzu angedachte Maßnahmen wurden in der erweiterten Steuerungsgruppe diskutiert.

Alle, die bereits zur Auftaktkonferenz geladen worden waren, wurden zu den Workshops eingeladen, so dass jedeR, die/ der sich über die Benennung erster Herausforderungen und Ideen für deren Bearbeitung hinaus einbringen wollte, hierzu die Möglichkeit hatte. Insbesondere wurden jedoch auch Expert*innen aus den jeweiligen Bereichen angesprochen, um ihr Fachwissen vertiefend einbringen zu können.

Das erste Treffen diente dazu, die im Rahmen der IST-SOLL-Analyse und der Auftaktkonferenz benannten Herausforderungen mit den dazugehörigen Zielen, Zielgruppen und ggf. Maßnahmenideen vorzustellen. Dann wurden die Herausforderungen von den Teilnehmer*innen priorisiert. Die Erarbeitung von Maßnahmeansätzen inklusive erster Schritte zur Umsetzung von Maßnahmen sowie dazugehöriger Stakeholder*innen und benötigter Ressourcen schloss sich im zweiten Teil des ersten Treffens an und war insbesondere auch Arbeitsaufgabe im Rahmen des zweiten Treffens.

Im Anschluss an die Workshops wurden die Ergebnisse verdichtet und ggf. ergänzt. Z.T. wurden auch wichtige Ideen, die in einem „fachfremden“ Workshop angedacht worden waren, dem jeweiligen Handlungsfeld zugeordnet.

Im Folgenden sollen für sämtliche Handlungsfelder die zentralen Ergebnisse vorgestellt werden. Eine Übersicht mit sämtlichen Ergebnissen findet sich im Anhang ab Seite 54.

4.1 Priorisierung der Herausforderungen

Zu Beginn der Workshopphasen wurden die im Rahmen der IST-SOLL-Analyse ermittelten Herausforderungen in jedem Handlungsfeld priorisiert. Dabei konnten alle Teilnehmer*innen in dem jeweiligen Expert*innenworkshop Punkte vergeben, so dass sich nach Anzahl der Teilnehmer*innen fünf bis sechs am relevantesten bewertete Herausforderungen ergaben. Diese wurden im Folgenden behandelt, soweit dies im Rahmen der Workshops sinnvoll war (siehe z.B. Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft).

Handlungsfeld	Zusammenleben und Austausch
Herausforderung 1	Vorurteile und Diskriminierungsstrukturen sind in der Gesellschaft noch viel zu stark vorhanden. (12 Stimmen)
Herausforderung 2	Es gibt nicht genügend (wohnnah) Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche bzw. sind diese nicht ausreichend bekannt. (11 Stimmen)
Herausforderung 3	Das Zusammenleben muss im Sinne der Willkommenskultur weiter gestärkt werden, u.a. durch einen zu entwickelnden Wertekonsens. (9 Stimmen)
Herausforderung 4	In Gladbeck fehlt eine Streitkultur, in der man schwierige Themen ansprechen und deutlich benennen kann, ohne dass sich das Gegenüber angegriffen fühlt. (7 Stimmen)
Herausforderung 5	Es bestehen wenig persönliche Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte, insbesondere Freundschaften (dies wird von Jugendlichen teilweise anders gesehen!) (7 Stimmen)
Herausforderung 6	Hate-Speech an Schulen nimmt zu (7 Stimmen)

Handlungsfeld	Sprache und Bildung
Herausforderung 1	Es fehlt an einer koordinierenden Stelle, die die vorhandenen Angebote verknüpft (sowohl Sprachangebote als auch Integrationsangebote und Bildungsangebote allgemein). (18 Stimmen)
Herausforderung 2	Viele Kinder gehen nur selten oder täglich kürzer in die Kita, als sie könnten. Hierdurch werden Sprachförderung und Integration erschwert. (14 Stimmen)
Herausforderung 3	Mehrsprachigkeit und Zuwanderungshintergrund werden nicht als Ressourcen anerkannt. (14 Stimmen)
Herausforderung 4	Eltern müssen im Rahmen intensiverer Elternarbeit fit gemacht werden, damit sie ihre Kinder von Geburt an unterstützen können. (12 Stimmen)
Herausforderung 5	Die Schulklassen sind zu groß. Das überfordert Lehrer und Kinder. (12 Stimmen)

Handlungsfeld	Arbeit und Beschäftigung
Herausforderung 1	Jugendliche und Erwachsene hängen dauerhaft in „Warteschleifen“. (6 Stimmen)
Herausforderung 2	Es fehlt an einem Controlling, inwieweit Angebote und Bedarfe im Bereich der beruflichen Qualifizierung zusammenpassen. (6 Stimmen)
Herausforderung 3	Es liegen häufig Vermittlungshemmnisse bei den Betroffenen vor. (6 Stimmen)
Herausforderung 4	Im Bildungsbereich ist nicht genügend Personal vorhanden, gerade auch Personal, das mehrsprachig ist. Die vorhandene Verteilung ist nicht optimal. (6 Stimmen)
Herausforderung 5	Mehrsprachigkeit wird nicht zureichend als Ressourcen anerkannt und genutzt. (6 Stimmen)

Handlungsfeld	Fortbildung und Information
Herausforderung 1	Fortbildungen zu Religionen/ interreligiöser Austausch (6 Stimmen)
Herausforderung 2	Aggressivität bei jugendlichen Flüchtlingen (5 Stimmen)
Herausforderung 3	Informationsdefizite zu Systemen und Strukturen (5 Stimmen)
Herausforderung 4	Transparenz vorhandener Angebote/ Informationsmanagement (5 Stimmen)

4.2 Ergebnisse Handlungsfeld: Zusammenleben und Austausch

Im Expert*innenworkshop Zusammenleben und Austausch konzentrierte sich die an die Priorisierung anschließende Diskussion insbesondere darauf, welche benannten Herausforderungen im Workshop weiter vertiefend behandelt werden können.

Die erste Herausforderung, **„Vorurteile und Diskriminierungsstrukturen sind in der Gesellschaft noch viel zu stark vorhanden“**, wurde zum einen besonders bei der lokalen Politik verortet. Hier wurde angedacht, dass Politiker*innen, Parteien und politische Institutionen wie z.B. der Rat, sich künftig aktiv gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einsetzen könnten. Zum anderen sprachen die Expert*innen an, dass dieser Herausforderung auch gerade im Bereich von Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaßnahmen begegnet werden könne. Dies falle jedoch in den Bereich des Handlungsfelds „Information und Fortbildung“.

Die zweithöchst priorisierte Herausforderung **„Es gibt nicht genügend (wohnortnahe) Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche bzw. diese sind nicht ausreichend bekannt“** wurde aus anderen Expert*innenworkshops und aus der erweiterten Steuerungsgruppe angereichert. Als übergeordnete Herausforderung wurde insgesamt benannt, dass es **„die Kinder und Jugendarbeit als wichtiges Instrument der integrativen Arbeit/ der Begegnung zu stärken“** gelte. Der sich hieraus ergebende Handlungskomplex umfasste ein gesamtes Maßnahmenbündel, dass von wohnortnahen Freizeitangeboten über Patenschaftsprogramme bis hin zur niederschweligen Vermittlung interkultureller und sozialer Kompetenzen von Jugendlichen für Jugendliche reichte. Hierbei wurde deutlich, dass - ähnlich wie bei der höchstpriorisierten Herausforderung - die Entwicklung von Maßnahmeideen und Schritten zu deren Realisierung von und mit Stakeholder*innen umgesetzt werden muss, die nur z.T. mit am Tisch saßen.

Dementsprechend fokussierte sich die Expertengruppe insbesondere auf die dritte benannte Herausforderung: **„Das Zusammenleben muss im Sinne der Willkommenskultur weiter gestärkt werden, u.a. durch einen zu entwickelnden Wertekonsens.“** Um hier anzusetzen, schlugen die Expert*innen vor, einen Wertekonsens im Rahmen einer „Gladbecker Erklärung“ (Arbeitstitel) zu entwickeln. Erste Schritte hierfür seien:

- die Benennung relevanter Punkte eines Wertekonsenses im Rahmen der Konzepterstellung („Wir in Gladbeck“)
- die Initiierung von Arbeitsgruppen im Anschluss an die Konzepterstellung unter Einbeziehung weiterer Teile der Gladbecker Bevölkerung
- die Erstellung einer Endversion, die in einem Festakt vom Bürgermeister, anderen Honoratioren der Stadt, Vorsitzenden wichtiger Institutionen wie z.B. Kirchengemeinden, Sportvereinen, freien Trägern, Migrantenselbstorganisationen bis hin zu einzelnen Bürger*innen unterschrieben werden könne.

Dabei soll diese „Gladbecker Erklärung“ auf dem Leitbild „Wir in Gladbeck“ basieren und um weitere wichtige Punkte angereichert werden.

*Im Expert*innenworkshop wurden als wichtige Punkte vorgeschlagen:*

- das Grundgesetz als Basis jeglichen Wertekonsenses zu betonen.
- Gemeinsamkeiten statt Unterschiede in den Mittelpunkt zu stellen.
- die gemeinsame Identität "Wir in Gladbeck" mit allen „Alleinstellungsmerkmalen“ wie z.B. die Tradition eine Zuwanderungsstadt, die Tradition und der Zusammenhalt der Bergarbeiter, die die Betonung der offenen Gesellschaft herauszuarbeiten.
- Zuschreibungen und Stereotype sowie Diskriminierungsstrukturen anzusprechen und als unvereinbar mit dem Wertekonsens darzustellen.
- auf die Wichtigkeit einer Diskussionskultur hinzuweisen. Damit ist auch eine Überschneidung zur Herausforderung, dass es „**eine Streitkultur, in der man schwierige Themen ansprechen und deutlich benennen kann, ohne dass sich das Gegenüber angegriffen fühle**“ gegeben. Zudem könne gerade in den Arbeitsgruppen diese Streitkultur schon gelebt werden. Es sei wichtig, dass Diskussionen offen und zielgerichtet geführt und Probleme benannt werden, ohne zu beleidigen sowie eine Kommunikation auf Augenhöhe zu etablieren.
- herauszuarbeiten, dass die Stadtgesellschaft sich verpflichtet, Hilfestellungen zu leisten immer mit dem Ziel, zur Selbsthilfe zu befähigen.
- die Eigenverantwortung jeder/ jedes Einzelnen zu betonen, in dem Sinne, dass Integration und Zusammenleben die Verantwortung jeder/ jedes Gladbecker*in sei
- möglichst weite Teile der Bevölkerung wie z.B. der Zuwander*innen, Politiker*innen, MSOs oder in den Prozess der Erstellung eines Wertekonsenses einzubinden.

In diesem Zusammenhang schlugen die Expert*innen zudem vor, Jugendliche besonders ins Auge zu fassen. Als Maßnahme wurde hierbei angedacht, dass „Jugendliche ihre Kenntnis von Demokratie verbessern und eine Haltung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung als Basis des Zusammenlebens entwickeln“. Es wäre möglich, gemeinsam mit dem Schulverwaltungsamt und den Lehrer*innen der weiterführenden Schulen (besonders aus den Bereichen Politik und Sozialwissenschaften) pädagogische Elemente zu entwickeln, die vorhandene Unterrichtseinheiten flankieren und einen besonderen Bezug zu Gladbeck herstellen. Dabei wurde auf die Geschichtswerkstatt der Erich-Fried-Hauptschule als Modell verwiesen. Diese Maßnahme könne auch mit der Erstellung des Wertekonsenses verbunden werden, so dass Jugendliche an diesem Prozess teilnehmen. Zudem werde im Rahmen einer solchen Maßnahme auch der Herausforderung, dass das **Phänomen der Hate-Speech an Schulen zunehme**, begegnet. Bezüglich der **fehlenden persönlichen Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte, insbesondere Freundschaften**, muss an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass dies von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich am Prozess beteiligten, größtenteils anders gesehen wurde, als von älteren Erwachsenen. Dementsprechend gilt es, hier weiter nach Altersgruppen zu differenzieren.

Die Relevanz, Jugendliche zusammenzubringen und in der alltäglichen Begegnung Freundschaften zu ermöglichen, deckt sich mit den angedachten Maßnahmen für die zweithöchst bewertete Herausforderung, der Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, für die, wie oben angerissen, ein Maßnahmenkatalog angedacht wurde.

Aber auch für die ältere Generation wurden erste Maßnahmeideen diskutiert. Insbesondere wurde dabei betont, dass es darum gehe, niederschwellige Maßnahmen zu etablieren bzw. so umzugestalten, dass sie interkulturell geöffnet sind und die Bedarfe der Zielgruppen treffe. Wichtige Stakeholder*innen könnten hierbei die freien Träger, Kirchengemeinden, Sportvereine oder MSOs sein, die bereits niederschwellige Angebote wie z.B. gemeinsames Kochen, Sportgruppen, Tanzen oder interreligiösen Austausch anbieten. Dabei müsse die Öffnung solcher Angebote natürlich auch deren interkulturelle Bewerbung umfassen.

Zudem müsse auch akzeptiert werden, so der Tenor aus der Gruppe, wenn Angebote nicht wahrgenommen würden. Es könne eine Atmosphäre geschaffen werden, die offen und zugewandt ist, ob und wie jemand mit oder ohne Zuwanderungshintergrund diese wahrnehme und ob sich hieraus persönliche Freundschaften ergeben, dies sei nie vorauszusagen oder zu erzwingen.



Bild: Auftaktkonferenz, 28.02.2018

4.3 Ergebnisse Handlungsfeld: Sprache und Bildung

Als wichtigste Herausforderung in diesem Handlungsfeld wurde benannt, dass es an einer **„koordinierenden Stelle, die die vorhandenen Angebote verknüpft (sowohl Sprachangebote als auch Integrationsangebote und Bildungsangebote allgemein) fehle“**. Diese Stelle müsse zum einen vernetzend tätig sein, zum anderen gerade im Bereich der Projektförderung Beratung anbieten. Da die Initiierung einer solchen, bei der Verwaltung angesiedelten Stelle von den Teilnehmer*innen im Workshop nicht weiter verfolgt werden kann, wendeten sich die Expert*innen anderen Themen zu.

Als nächstes wurde der Punkt angesprochen, dass **„viele Kinder nur selten oder täglich kürzer in die Kita gehen, als sie könnten. Hierdurch werden Sprachförderung und Integration erschwert.“** Dieses Feld wurde mit zahlreichen Maßnahmeideen intensiver diskutiert. Dabei sahen es die Expert*innen als zentral an, insbesondere die Eltern über die Möglichkeiten eines regelmäßigen und längeren Kita-Besuchs zu informieren. Dies könne zum einen im Rahmen intensiver Elternarbeit geschehen, ein Punkt, der im Folgenden noch separat behandelt wird. Weitere Maßnahmeideen waren, die Rucksackprogramme auszubauen, um so den Spracherwerb (und damit sekundär auch den Wissenserwerb) der Eltern zu fördern. Hier kooperieren das Büro für interkulturelle Arbeit, die Kitas und Schulen bereits und bauen diese Kooperation weiter aus..

Auch eine Imagekampagne für mehr Elternverantwortung wurde angedacht. Unter Ägide des Bildungsbüros könnte die bereits erfolgreich durchgeführte Plakatserie „Eltern bilden unsere Zukunft“ an die aktuelle Situation angepasst und neu aufgelegt werden.

Ein weiterer diskutierter Ansatz war, die aufsuchende Beratung der Eltern durch die entsprechenden Stellen der Stadtverwaltung weiter zu stärken. Hierbei gelte es verwaltungsintern zu prüfen, welche Stellenanteile vorhanden sind, die Quantität und Qualität der vorhandenen Arbeit zu evaluieren und zu analysieren, wie die bisherige Arbeit sinnvoll erweitert werden kann.

Die Herausforderung, dass **„Mehrsprachigkeit und Zuwanderungshintergrund nicht als Ressourcen anerkannt“** werden, wurde an die Expert*innenworkshops „Information und Fortbildung“ sowie „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ weitergegeben. Es gelte hier sowohl diejenigen, die im Bildungsbereich tätig sind, für die Relevanz der Mehrsprachigkeit als Ressource zu sensibilisieren wie auch Mehrsprachigkeit und Zuwanderungshintergrund als positive Eigenschaften für den Arbeitsmarkt herauszustellen. Zudem wurde es im Bereich der vierten Herausforderung **„Eltern müssen im Rahmen von intensiverer Elternarbeit fit gemacht werden, damit sie ihre Kinder von Geburt an unterstützen können“**, berücksichtigt.

Gerade dieses vierte Handlungsfeld wurde intensiv diskutiert. Hier gilt es aus Sicht der Expert*innen, dass alle Eltern in Gladbeck ein grundlegendes Verständnis vom Bildungssystem, von Sprachförderung und ausreichende Erziehungskompetenzen erhalten. Es wurde angedacht, dass es wichtig sei, nicht einfach neue Kurs- und Fortbildungsangebote zu schaffen, die diese Themen aufgreifen. Vielmehr gelte es, in einem ersten Schritt vorhandene Best-Practice-Projekte und relevante Faktoren zu berücksichtigen.

- Als wichtige Referenzprojekte wurden u.a.
 - Griffbereit als Elternbildungsprogramm
 - Opstapje
 - Familienschule des EKJ
 - Taff
 - Kinder im Blick
 - Rucksackprogramme
 - Brückenangebote mit Elternanbindung/ niederschwellige Sprachförderung und
 - Besuche von Eltern zur Einschulung benannt.
- In einem ersten Schritt gelte es, aufbauend auf dieser Auswahl eine Auswahl an Best-Practice-Projekten zu sammeln und zu prüfen, ob diese Angebote übertragbar sind. Hier könnten Elemente wie das Alter der Kinder oder besondere Bedarfe der Eltern eine Rolle spielen.
- Neben einer Langfristigkeit der Projekte sei die persönliche Ansprache ein wichtiger Faktor, um ein Vertrauensverhältnis aufzubauen.
- Des Weiteren müsse mit der Ansprache möglichst früh begonnen werden, gerade um auch Eltern zu erreichen, die ansonsten wenig/ schwer zu erreichen sind.
- Wenn das Projekt Stadtteileltern (siehe Handlungsfeld Fortbildung und Information) initiiert werden, sei es sinnvoll, sich zu vernetzen, um gerade diesen Personenkreis einzubeziehen.
- Im Rahmen der Angebote müsse neben den Themen Verständnis vom Bildungssystem, Sprachförderung und ausreichende Erziehungskompetenzen eine besonderer Fokus darauf liegen, dass Zuwander*innen die eigenen Ressourcen erkennen und lernen zu nutzen (Stichwort Mehrsprachigkeit, Wissen um andere Kulturen). Die Kompetenzen von interkultureller Flexibilität, das Wechseln zwischen kulturellen Rollen, solle gezielt gestärkt werden.

Hinsichtlich der letzten, priorisierten Herausforderung, dass die **„Schulklassen zu groß sind und Lehrpersonal überfordern“**, wurde einstimmig beschlossen, dass hier auf lokaler Ebene wenig erreicht werden könne. Vielmehr gelte es, dass Stakeholder*innen, insbesondere Politiker*innen, auf Basis des Integrationskonzepts bei der Landesregierung und weiteren zuständigen Stellen für kleinere Schulklassen werben.

4.4 Ergebnisse Handlungsfeld: Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Auffällig bei der Priorisierung in diesem Handlungsfeld war, dass sämtliche benannten Herausforderungen gleichgewichtet wurden.

Ein Anliegen war, dass **Jugendliche und Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte, insbesondere auch Flüchtlinge, dauerhaft in „Warteschleifen“ hängen**, bis sie in eine Maßnahme bzw. Arbeit vermittelt werden. Deswegen wurde angeregt, unter Ägide der Verwaltungsspitze ein Treffen wichtiger Stakeholder*innen wie z.B. der Wirtschaftsförderung der Stadt, der Jugendberufshilfe, der Kammern und Unternehmerverbände, des Jobcenters, der Bundesagentur für Arbeit, des Integration-Points, eines örtlichen Unternehmerstammtischs, des DGB und weiterer Gewerkschaften, sowie einzelner alteingesessener und/ oder großer Unternehmen in der Stadt Gladbeck zu initiieren. Thema des Treffens sei, gemeinsam einen Überblick zu erhalten, welche Angebote und Maßnahmen speziell für die Zielgruppe durchgeführt werden, um diese in Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu vermitteln. Darauf aufbauend könne diskutiert werden, welche Lücken es gibt und wie man diese füllen kann (z.B. Imagekampagne, s.u.).

„Es fehlt an einem Controlling, inwieweit Angebote und Bedarfe im Bereich der beruflichen Qualifizierung zusammenpassen“ war eine weitere Herausforderung, die intensiv diskutiert wurde. Es sei hierfür wichtig maßgebliche Indikatoren zur Weitergabe an Organisationen, die berufliche Qualifizierungsmaßnahmen durchführen, zusammenzustellen. Deswegen wurde eine Liste an Indikatoren erarbeitet, die im Rahmen des Integrationskonzepts an Institutionen, die berufliche Qualifizierung durchführen, weitergegeben werden sollen. Dann könnten diese Organisationen den Katalog nutzen, um ihn in ihre eigenen Evaluations- und Controllingmechanismen einfließen zu lassen.

*Relevante Indikatoren zur Messung der Qualität von Angeboten sind laut den Expert*innen:*

- *die Messung des Kompetenzzuwachses bei Teilnehmer*innen von Maßnahmen durch eine Vorher-Nachher-Messung in den Bereichen*
 - *Sprache*
 - *soziale und interkulturelle Kompetenz*
 - *berufliche Fähigkeiten*
 - *Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Selbstorganisation.*
- *das Erfragen vorhandener (Bildungs-)Kompetenzen der Teilnehmer*innen zu Beginn der Maßnahme, um Teilnehmer*innen und Maßnahme einander optimal zuordnen zu können.*
- *die Erfassung einer Vermittlungsquote in Arbeit.*
- *die Erfassung einer Abbrecherquote im Verlauf der Maßnahme.*
- *die Erfassung der Verweildauer in der Maßnahme.*
- *die Erfassung, mit welcher Orientierung und welchem Grad an Orientierung die Teilnehmer*innen in die Maßnahme gekommen sind.*
- *die Möglichkeit, die Maßnahme an individuelle Bedarfe anzupassen (Alter, Lebenssituation...).*
- *die Abstimmung mit anderen (flankierenden, vor- und nachgelagerten) Maßnahmen.*
- *die Anwerbung von Drittmitteln der anbietenden Institution, um ggf. zusätzliche Angebote zu realisieren.*
- *die interkulturelle Kompetenz des Personals in der Maßnahme.*
- *die fachliche Eignung des Personals in der Maßnahme.*
- *Weiterbildungsangebote für das Personal in der Maßnahme.*
- *die Erfassung des Feedbacks der TN, Umgang mit dem Feedback der TN als Teil des Controllings.*

Zum anderen wurden die „**Vermittlungshemmnisse**“ thematisiert und weiter ausdifferenziert. Tenor war, dass es zahlreiche Hemmnisse gebe, denen man nur bedingt begegnen könne. Ein großes Hemmnis sei jedoch, dass „**Jugendliche mit und ohne Migrations-/ Fluchthintergrund keine Vorstellungen von Berufen/ Berufsbildern haben und orientierungslos seien**“. Als Idee wurde angedacht, eine Imagekampagne mit (jungen) Gladbecker*innen für (junge) Gladbecker*innen. Wichtige Stakeholder*innen bei der Konzeptionierung und Umsetzung einer solchen Kampagne könnten die städtische Wirtschaftsförderung, die Jugendberufshilfe, die Jugendhilfeplanung, lokale Bildungsträger, die Sozialplanung der Stadt, der AK Bildung für Neuzugewanderte, das Kommunale Integrationszentrum des Kreises Recklinghausen (KI Recklinghausen), die Kammern und Gewerkschaften sowie die Bundesagentur für Arbeit sein.

Unter Ägide einer Verwaltungsfachstelle wie z.B. der Wirtschaftsförderung könne die Imagekampagne nach dem Vorbild der Kampagne „Potentiale“ der RAA (heute KI Recklinghausen) konzipiert werden. Dabei sei zu berücksichtigen, welche Methoden gewählt werden, um die Zielgruppe zu erreichen; gerade die Reichweite der sozialen Medien wurde betont. Außerdem gelte es, junge Arbeitnehmer*innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte aus Gladbeck als Gesichter der Kampagne zu gewinnen, die sich und ihren Weg in das Berufsleben vorstellen. Allgemein wurde übereingestimmt, dass es junge Erwachsene sein sollten, da diese die Zielgruppe eher erreichten. Spannend sei es auch, ungewöhnliche Berufe oder solche, die wenig bekannt sind bzw. mit Vorurteilen behaftet (z.B. der Erzieher, die LKW-Fahrerin, die Leiterin einer Baustelle) vorzustellen.

Bei dem oben skizzierten Treffen wichtiger Akteur*innen aus dem Wirtschaftsbereich könne die Kampagne dann - zumindest in groben Zügen - vorgestellt werden.

Bezüglich der Herausforderung, dass **im Bildungsbereich nicht genügend Personal vorhanden ist, gerade auch Personal, das mehrsprachig ist sowie die vorhandene Verteilung nicht optimal sei**, waren sich die Expert*innen eher einig, dass auf lokaler Ebene nur begrenzt etwas bewegt werden könne. Ein Ansatz sei die Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit und ggf. Zuwanderungshintergrund bei der Neueinstellung in Bildungsinstitutionen. Institutionen wie z.B. Kitas, Schulen, OGS oder die Tagespflege könnten prüfen, wie „interkulturelle Kompetenz“, Mehrsprachigkeit und Zuwanderungshintergrund als Ressource des Bewerbers/ der Bewerberin verstärkt in das Auswahlverfahren vor Ort einbezogen werden können. Ein anderer Ansatz wäre, dass Politiker*innen und Parteien prüfen, wie sie das Thema in der politischen Agenda vor Ort und auf überregionaler Ebene verorten können.

Eng mit dieser Herausforderung ist auch die Thematik verbunden, dass **Mehrsprachigkeit (und Zuwanderung/ unterschiedliche Kulturen) nicht ausreichend als Ressourcen im Bereich Arbeit und Wirtschaft anerkannt und genutzt** werden. Eine Sensibilisierung sei sowohl bei der Verwaltung, die eine Vorreiterrolle spiele, wie auch bei lokalen Arbeitgeber*innen nötig. Zentral seien Absprachen mit den Kammern und Unternehmerverbänden, um gemeinsam mit relevanten weiteren Akteur*innen wie z.B. der Wirtschaftsförderung der Stadt, der Jugendberufshilfe, dem Jobcenter, der Bundesagentur für Arbeit, dem Integration-Point und den Gewerkschaften zu sichten, inwiefern Arbeitgeber*innen bereits sensibilisiert sind und wie weiter sensibilisiert werden kann.

4.5 Ergebnisse Handlungsfeld: Fortbildung und Information

Bei beiden Treffen im Expert*innenworkshop Fortbildung und Information widmeten sich die Expert*innen insbesondere den Themen **„Infodefizite zu Systemen und Strukturen“** und **„Transparenz von vorhandenen Angeboten verbessern/ Informationsmanagement“**.

Hinsichtlich der **Infodefizite zu Systemen und Strukturen** wurde als ein zentrales Ziel benannt, dass Eltern zu den Themen Schule und Bildung sensibilisiert und informiert sind. Gleichzeitig gelte es, das Miteinander im Stadtteil Innenstadt und Butendorf zu stärken. Beides müsse immer auf Basis der „Hilfe zur Selbsthilfe“ geschehen. Auch wenn alle Eltern, die im Bereich Schule und Bildung der Unterstützung bedürfen, angesprochen sind, solle ein besonderer Fokus auf den Zuwander*innen aus Südosteuropa liegen. Anvisiert ist, ehrenamtliche Stadtteileltern bzw. Multiplikator*innen in den beiden benannten Stadtteilen zu etablieren. Hierfür müsse unter Einbeziehung der Fachkräfte des RE/init-Projekts ein Konzept erstellt werden. Bereits bei der Erstellung des Konzepts sei es wichtig, die Grenzen des Ehrenamts sowie das Thema der Begleitung der ehrenamtlich Tätigen zu beachten. Dann gelte es, mögliche Ehrenamtler*innen (z.B. mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen) anzusprechen. Diese werden anschließend als Stadtteileltern geschult und dann in ihrer Tätigkeit (optimalerweise in Vernetzung mit dem Team von RE/init e.V.) von hauptamtlichen Kräften begleitet. Diese hauptamtlichen Kräfte könnten dem Büro für interkulturelle Arbeit oder einem freien Träger angehören. Im Verlauf des Projekts könnte ggf. eine weitere Vernetzung mit dem Projekt „Schuleingangsbesuche“ erfolgen. Es wurde zudem angesprochen, dass geprüft werden müsse, ob es Möglichkeiten von Aufwandsentschädigungen gibt.

Um die **Transparenz von vorhandenen Angeboten verbessern** zu können, wurde eine digitale Informationsplattform in Form einer Info-Säule vor dem Rathaus angedacht. Hierfür sollten vorhandene digitale Angebote wie z.B. die Flüchtlingshilfe-App der Stadtverwaltung gesichtet werden. Dann müsse ein Konzept entwickelt und geprüft werden, ob das digitale Format eher eine App oder eine Website sein soll, welche Sprachen man bedienen wolle, welche Inhalte einbezogen werden und ob die Infosäule mobil oder statisch sein solle. Zur Realisierung sollten dann Techniker*innen und IT-Fachleute der Verwaltung hinzugezogen werden. Gut wäre zudem eine Unterstützung der Pressestelle der Stadtverwaltung für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, um das Angebot bekannt zu machen. Als Stakeholder wurde die Stadtverwaltung benannt.

Weniger intensiv wurde der Punkt **„An Schulen zeigt sich ein hohes Maß an Aggressivität bei jugendlichen Flüchtlingen, insb. jungen Männern“** diskutiert. Neben der Stärkung der Schulsozialarbeit wurden hier sprachunabhängige Deeskalationsmaßnahmen und Anti-Aggressionstrainings angesprochen. Zudem wurde angedacht, Trainer*innen für Anti-Aggressionstrainings auszubilden, um mehr qualifiziertes Personal vor Ort zu haben. Stakeholder*innen für diese drei Bereiche sind insb. die Stadtverwaltung (um die Stellenanteile von Schulsozialarbeiter*innen auszuweiten) und im Falle der sprachunabhängigen Deeskalationsmaßnahmen und Anti-Aggressionstrainings die Schulen selbst, die sich zunächst untereinander vernetzen müssten, um die Information zu erhalten, wo bereits (erfolgreiche) Maßnahmen angeboten werden. Darauf aufbauend müsste die Schule dann prüfen, wie vorhandene Maßnahmen angepasst/ erweitert werden müssen. Zudem seien ggf. bei anfallenden Kosten für Referent*innen und Trainer*innen Geldmittel zur Verfügung zu stellen bzw. einzuwerben. Vor diesem Hintergrund wurde angesprochen, dass es ggf. günstig sei, Trainer*innen für Anti-Aggressionstrainings auszubilden, so dass nicht immer externe Referent*innen eingekauft werden müssten. Hierfür müssten dann nicht nur Angebote für die Fortbildung eingeholt, sondern auch künftige Trainer*innen gewonnen und ebenfalls die Finanzierung abgeklärt werden. Neben den Schulen könnten hier das Kommunale Integrationszentrum

des Kreises Recklinghausen, das Büro für interkulturelle Arbeit sowie das Schul- und Jugendamt wichtige Stakeholder*innen sein.

Die „Fortbildungen zu Religionen/ interreligiöser Austausch“ flossen in die Herausforderung **„Interkulturelle Kompetenz (Umgang mit Mentalitäten, Traumata, Religionen, interreligiöser Austausch) ist noch nicht genügend vorhanden“** ein. Es gelte, Hauptamtler*innen aus dem gesamten sozialen Bereich inkl. Kita und Schule sowie ehrenamtlich im Bereich der Flüchtlings- und Integrationsarbeit Tätige zu stärken. Es sei relevant, umfassende, ineinandergreifende Fortbildungsmaßnahmen anzubieten, die Themen wie

- Mentalitäten
- Wissen über Herkunftsländer von Zuwander*innen (Zahlen, Daten, Fakten)
- Religionen und Kulturen
- Anerkennung von Mehrsprachigkeit und unterschiedlichen kulturellen Hintergründen als Resource (insb. im Bildungsbereich)

miteinander verknüpfen.

Stakeholder*innen sind alle Institutionen, bei denen Haupt- und Ehrenamtler*innen angesiedelt sind, die Bedarf für diese Fortbildungen haben.



Bild: Auftaktkonferenz, 28.02.2018

4.6 Ergebnisse Handlungsfeld: Wohnen und Quartier

Wie unter Punkt 4 beschrieben, wurde dieses Handlungsfeld in der erweiterten Steuerungsgruppe besprochen. Bereits zu Beginn des Prozesses hatte sich herausgestellt, dass die zentrale Herausforderung in diesem Bereich die „**Wohnsituation, gerade für Menschen in prekären Lebenslagen**“ ist. Parallel wurde deutlich, dass weder die in der erweiterten Steuerungsgruppe anwesenden Expert*innen noch Expert*innen aus anderen Workshops an diesem Thema sinnvoll inhaltlich weiterarbeiten können. Vielmehr bestand Einigung darüber, dass hierfür - ähnlich wie im Handlungsfeld „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ ein spezifisches Gremium geschaffen werden muss. Dieses müsse zumindest relevante Stellen der Stadtverwaltung, Vertreter*innen von Wohnungsbaugenossenschaften und Immobilieneigentümer*innen umfassen. Angedacht wurde, einen runden Tisch unter Ägide der Verwaltungsspitze zu initiieren. Schritte im Prozess wären, zunächst innerhalb der Stadtverwaltung eine zuständige Stelle, die den runden Tisch koordiniert, zu benennen. Dann müssten alle relevanten Stakeholder*innen eingeladen werden. Ziel der ersten Treffen des runden Tisches wäre, zunächst vorhandene Problemstellungen und dann auch mögliche Lösungsansätze zu benennen. Gemeinsam würde dann abgeklärt, welche Lösungsansätze kurz-, mittel- und langfristig verfolgt werden können, wer einbezogen werden muss und welche Ressourcen benötigt werden.



Bild: Auftaktkonferenz, 28.02.2018

5. Fazit

Der Prozess der Erstellung eines Konzepts zum Zusammenleben in Gladbeck hat gezeigt, dass es in der Stadtgesellschaft ein großes Interesse gibt, das Miteinander vor Ort weiter zu stärken.

Institutionen - von Politik und Verwaltung über freie Träger bis hin zu Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindertageseinrichtungen - wie auch Bürger*innen mit und ohne Flucht- und/ oder Migrationshintergrund, haben sich auf verschiedenen Ebenen in den Prozess aktiv eingebracht. Hier ist neben den breit angelegten quantitativen und qualitativen Befragungen insbesondere die Auftaktkonferenz zu benennen, die am 28.02.2018 unter Schirmherrschaft des Bürgermeisters, Ulrich Roland, stattfand. Mehr als 150 Gladbecker*innen waren zusammengekommen, um sich zu den Herausforderungen ebenso auszutauschen wie zu möglichen Lösungsansätzen und Ideen, das Zusammenleben gemeinsam weiterzugestalten.

Dort aufgeworfene Impulse konnten anschließend in den Expert*innenworkshops weiter vertieft werden, hin zu konkreten Maßnahmen, die neben Zielen und Zielgruppen erste Schritte und die Frage nach möglichen Stakeholder*innen und nötigen Ressourcen beleuchten (siehe Kapitel 4 und Anhang 2).

Im breiten Beteiligungsprozess wurde nicht nur das Interesse am Thema deutlich, sondern auch, dass es in Gladbeck vorhandene Strukturen gibt, auf die weiter aufgebaut werden kann. Dies betrifft die Vielfalt an Institutionen und Einzelnen, die sich z.T. seit Jahren und Jahrzehnten mit den Themen Integration, Migration, Vielfalt und Miteinander auseinandersetzen und mit ihrem aktiven Handeln dazu beitragen, dass trotz aller Herausforderung vieles bereits gut gelingt. Dies zeigt sich aber auch in der breiten Palette an vorhandenen Angeboten, die einzelne Bürger*innen und Institutionen initiieren, um das Zusammenleben zu stärken, sei es im Bereich Sprache und Bildung, im Bereich Freizeit und Sport oder aber in (niederschwelliger) Beratung.

Sehr wichtig ist, dass sich Gladbeck dadurch auszeichnet, dass es eine Kultur gibt, Probleme zu benennen und an ihnen zu arbeiten. Auch wenn im Prozess die Herausforderung, eine gemeinsame Streitkultur zu finden, beschrieben wurde, so ist zumindest die Bereitschaft zum Dialog und zur Diskussion in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden. Diese Bereitschaft in eine Streitkultur münden zu lassen, die für alle Bürger*innen (er-)tragbar ist, wird ein wichtiger Schritt im weiteren Prozess sein.

Denn mit dem vorliegenden Konzept stellt sich die Frage, wie all die erarbeiteten Maßnahmen, Ideen und Vorstellungen umgesetzt werden. Dabei wird der Verwaltung eine wichtige Rolle zukommen, alleine kann sie dies jedoch nicht schaffen. Vielmehr sind gerade jetzt alle Bürger*innen, alle Institutionen, die bisher mitgearbeitet haben, aufgerufen, sich das Konzept und seine Maßnahmenansätze zu eigen zu machen. Nur gemeinsam kann es gelingen, das Miteinander in Gladbeck weiter voranzubringen und das Erarbeitete umzusetzen.

Neben der Frage nach der Streitkultur war eine zentrale Herausforderung - die das Finden einer Grundlage zum konstruktiven Streiten durchaus beinhaltet - das Etablieren eines Wertekonsenses für die Stärkung des Zusammenlebens in der Stadt. Mit der Erarbeitung eines Leitbilds „Wir in Gladbeck“ durch die Steuerungsgruppe wurde hier ein erster wichtiger Schritt getan.

Darauf aufbauend wird die Stadt Gladbeck in der Umsetzung dieses Konzepts einen besonderen Schwerpunkt auf die Initiierung und Begleitung weiterer Dialogangebote legen. Mit geeigneten Formaten - seien es Workshops mit Bürger*innen oder aber die Bearbeitung des Themas in vorhandenen Arbeitsgruppen und Werkstätten - soll im gemeinsamen Austausch ein Wertekonsens entwickelt werden.

6. Anhang